DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 36 ab Samstag, 13. Februar 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Dies ist die 36. Ausgabe der meistgelesenen deutschen Wochenzeitung – unabhängig von Konzernen und Parteien.

INHALT ERSTES BUCH:

• Wolfgang Wodarg erhält Preis der Republik Seite 2, im Interview zu den Corona-Impfstoffen, Seite 3 • Autor der »Minima Mortalia« über den flüchtigen Geist der Jugend, Seite 2 • Statistik zur saisonalen Infektionswelle, Seite 3 • Wer sind die Stützen des Regimes? Über halbherzige und gekaufte Aufklärer, Seiten 4 und 5 • Großdemo in Hannover und Demokalender, Seite 6 • Landwirte belagern Hauptstadt, Seite 7 • Gesellschaft in Therapie und Leserbriefe, Seite 8.

INHALT ZWEITES BUCH:

• Über Demokratie in der Wirtschaft und trügerische Angebote, Seiten 9 und 10 • Interview mit dem Journalisten Ken Jebsen, Seite 11 • Russland im Visier des Westens, Demokraten in Mexiko, Seiten 14 und 15 • Ein wichtiger deutschsprachiger Text, Seite 16.

Liebe in Zeiten der Corona



Das Leben der Anderen: Demokraten (links), neidische Regierungstruppen (rechts).

Fotos: Christian Reuter (links), DW/ale (Gestapo-Fotografen)

Voller Lebenskraft, Zuversicht und Mut zeigen die Menschen der Demokratiebewegung, dass sie im neuen Jahrtausend tatsächlich angekommen sind.

Wissend, dass die Krise schon lange vor dem Jahr 2020 begonnen hatte, warteten sie geduldig. Als die Zeit nun gekommen war, hatten sie sich von den veralteten Mechanismen des 20. Jahrhunderts längst losgerissen, die unter dem Stichwort »Corona« nach dem Willen der Regierung und einiger Konzerne Urständ feiern sollen. Doch echte Demokraten stehen vereint Hand in Hand – mit viel Herzensbildung, Selbstbewusstsein und Hingabe – und gestalten die Zukunft. Denn die Horrordiktatur hatte von Anfang an Millionen wacher Gegner, mit jedem Tag wurden es mehr. Deren Vision: Absetzung der Regierung Merkel, Wiederherstellung der grundgesetzlichen Rechte und eine souveräne Neuverständigung für das ganze Deutschland. Nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist!

Ganz klar, dass es mit so viel Lebenslust bei den Demonstrationen öfter ekstatisch knistert, wie man es sonst etwa von *Raves* kennt. Die Herzen schlagen höher, wenn absurde Maskeraden fallen. Der große Moment: Das »Love Festival der echten Demokratie« mit der Demokratischen Gewerkschaft (DG) in Hannover am Valentins-Sonntag (Seite 6). (sma/ale)

• Themenspezial Liebe ab Seite 12 • Interview Seite 8

Transnationaler Staatsterror

CORONA IST EIN KONZERTIERTES UNTERDRÜCKUNGSPROGRAMM | KOMMENTAR VON ULLRICH MIES

Die transnationale »Elite« des Globalkapitalismus führt derzeit Krieg gegen die Zivilgesellschaften — soviel ist heute klar.

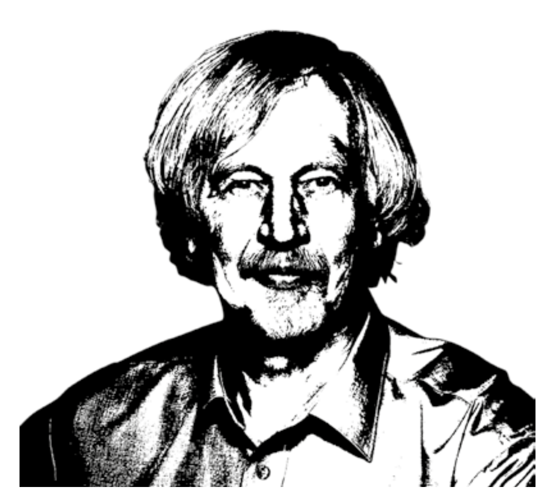
Ihre Agenda setzen sie mit hemmungsloser Brutalität durch. Ihre Strategie stimmen sie permanent miteinander ab. Eine andere Interpretation für die weltweit koordinierten Unterdrükkungsmaßnahmen im Rahmen der Corona-Diktatur gegen die Völker kommt nicht mehr in Frage.

Als transnationale »Elite«-Faschisten bezeichne ich die Superreichen, ihre Kapitalsammelstellen, Regierungen und *Deep-State*-Formationen des militärisch-sicherheitspolitischen-Geheimdienst-und-Kommunikations-Establishments. Der aufziehende Polizei- und Überwachungsstaat ist integraler Teil des transnationalen »Eliten«-faschistischen Projekts. Ihr bis zur Absurdität gesteigerter Wahn manifestiert sich in fortgesetzten *Lockdowns*, Ausgangssperren, Hausarresten, Corona-Quarantäne-Lagern und absurden Maskenvorschriften in Innenstädten und Autos. Aber es soll noch weitergehen: Geplant sind verschärfte Grenzregime mit weiteren Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Die inflationäre Testeritis dient allein der Aufrechterhaltung des Terror-Regimes, um die autoritätshörige Mehrheitsbevölkerung im Angstmodus zu halten. Die Widerspenstigen sind die neuen Häretiker, vermeintliche »Verschwörungstheoretiker« und »Impfverweigerer«, also die Vernünftigen, die noch selber denken können.

Weiterlesen Seite 4

Beste Frisur der Wissenschaft

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Dr. Wolfgang Wodarg, den unermüdlichen Aufklärer.***
Von Hendrik Sodenkamp



Am 10. März 2020 warnt der Lungenfacharzt Dr. Wolfgang Wodarg in einem Frontal21-Beitrag des *ZDF* vor einer Überdramatisierung des Coronavirus. Er stellt fest, dass dieser die Gefährlichkeit eines Grippevirus habe, wie er jedes Jahr um die Welt geht. Außerdem zweifelt er die Aussagekraft des PCR-Tests an, da dieser weder validiert, noch für diagnostische Zwecke zugelassen ist.

Bereits in anderen Pandemiepaniken, wie sie vor Corona fast jährlich erschienen, wirkte er als sachlicher Aufklärer, der wissenschaftlich fragwürdigen Gestalten wie Christian Drosten das Geschäft schwer machte. So war er Vorsitzender des Gesundheitsausschusses, der sich mit der Aufklärung der sogenannten Schweinegrippe beschäftigte, bei der Millionen Euro in gefährliche Impfstoffe gepumpt wurden, die dann entsorgt werden mussten.

Doch bei Corona sollte es anders laufen, die beruhigende Stimme der wissenschaftlichen Sachlichkeit sollte nicht gehört werden. Die Panik der Eliten wurde auf alle Menschen übertragen. Sofort nach der Veröffentlichung des Beitrages wurden sogenannte *Faktenchecker* auf ihn angesetzt, die nicht widerlegen konnten, was er sagte, ihn aber dennoch in eine dubiose Ecke schoben.

Mittlerweile ist Dr. Wolfgang Wodarg, ein für den Rechtsstaat, Verhältnismäßigkeit und die Wissenschaftlichkeit verdienter Mann, verfemt, während Christian Drosten mit dem Bundesverdienstkreuz behangen wird.

• Wolfgang Wodarg im Interview mit DW, Seite 3

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Dr. Wolfgang Wodarg verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 36. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Forever young

EINWURF *von Werner Köhne*

Es ist nicht ganz aus der Luft gegriffen, wenn heute vom Verschwinden der real existierenden Jugend gesprochen wird: Wo tritt Jugend noch als aktives Kollektivsubjekt in Erscheinung, zumal mittlerweile zwei ihr vorausgehende Generationen Anspruch auf ewige Jugend (*forever young*) erheben, eine davon gar noch in hohem Alter?

Jugend scheint auch kaum noch in eigener Sache zu sprechen, wird aber von den Vollstreckern der Coronamaßnahmen misstrauisch als unsicherer Kantonist angesehen. Die Alten dagegen werden zu »Bildern« gezwungen: Sie tauchen geduldig hinter Trennwänden auf, geben in freudiger Bereitschaft ihren Arm her für transhumanistische Impfungen. Aus ihrer üblichen Rolle, als die in ihre Enkel vernarrten Großeltern, werden sie allerdings vertrieben, in Folge mangelnder Nähe zu den Kleinen. Ja, noch etwas: Sie sterben häufiger an Covid-19 – ein Umstand, den man dazu nutzt, die Zahlen zu frisieren.

»*Hope I die, before I get older*«, gaben einst The Who den Sechzigerjahren mit auf dem Weg. Und Bob Dylan legte nach mit seinem Schlachtruf »*Forever young*«. Als diese Sechzigerjahre-Jugend dann die 30/40 überschritt, wollte sie auf die schöne Identität »jugendlich« nicht verzichten. Dazu verhalf die Band Alphaville, die in den Achtzigern in süßer Melodik die ewige Jugend zu einer Stilfrage erhob. Seither wechselt das Prädikat *Forever young* in immer schnelleren Rhythmen von einer Generation auf die nächste (Generation X, Generation Golf). Die erste Ausgeburt ewiger Jugend ist inzwischen aber um die 80 – und ausgerechnet die wird heute in das Spinnennetz der Corona-Politik gezerrt. Man gibt vor, die Alten zu schützen, ist aber mehr daran interessiert, sie der heftigsten Ideologie unserer Zeit zu opfern, der Statistik.

Was aber nun die Jugendlichen angeht, so sind sie an Zahl der einstigen Babyboomergeneration weit unterlegen, strampeln sich ab zwischen dem Wunsch nach Authentizität und dem nach Coolness und haben ständig zu tun mit aufdringlichen *Lifestyle Scouts*, die jede rebellische Regung in Mode verwandeln. Da kommt dann auch noch Angela M um die Ecke und verordnet ihnen ganz wörtlich: *No Party, no Fun*. Man wünschte sich, dass sich Jugendliche ihrer natürlichen Vorzüge erinnerten (Lebensfreude und ein Schuss *Nicht mit uns*) und diese in eine Solidargemeinschaft mit den Alten einbrächten.

• Siehe auch Seiten 12/13



»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

Impfstoffe nützen der Pharmaindustrie, nicht den Menschen

INTERVIEW *über die Wirkungen von mRNA-Impfstoffen mit dem Facharzt für Hygiene, Innere Medizin und Lungenkrankheiten* ***Dr. Wolfgang Wodarg****. Als Arzt, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und Gesundheitswissenschaftler und seit Juli 2020 Berater bei der Stiftung Corona-Ausschuss hat er einen umfassenden Blick auf die aktuelle Situation.*

DW: Bis heute sind in Deutschland rund 3,3 Millionen Menschen mit dem neuartigen mRNA-Impfstoff bereits behandelt. Bevor wir über die neuen Stoffe reden – eine grundsätzliche Frage vorweg: Machen Impfungen gegen Viren überhaupt Sinn?

Wolfgang Wodarg: Das Impfen gegen saisonale Atemwegsviren bringt keinen sicheren Nutzen. Das liegt in der Natur der Sache. Alle diese Viren mutieren laufend, es gibt immer wieder neue Varianten. Außerdem ist es absurd, nur gegen eine der vielen verschiedenen saisonalen Arten zu impfen. Damit schaffen Sie im Zweifel mehr Raum für die anderen zirkulierenden Viren. Als Beispiel: Sie haben in Ihrem Garten unterschiedliche Unkräuter. Wenn Sie nur eine Sorte davon entfernen, bleibt am Ende mehr Platz für die anderen. Der Corona-Virus aus Wuhan ist nicht mehr nachweisbar. Dafür gibt es aktuell mehr als 4.000 bekannte Mutationen. Ich rate daher von Impfungen gegen solche Viren ab. Auch bei der jährlichen Influenza-Impfung weiß man immer erst rückwirkend, ob sie wirksam war – und das sagt nichts für die nächste Saison aus.

Für den Laien: Was steckt hinter dem Begriff mRNA-Impfstoff? Wie wirkt dieser?

Das M steht für *Messenger*, also Bote, und RNA für Ribonukleinsäure. Diese ist wichtig, um Erbinformation in Proteine umzusetzen. Mit dem neuartigen Impfstoff werden unsere Zellen gentechnisch manipuliert, so dass unser Körper selbst Impfstoffe herstellt. Die veränderten Körperzellen produzieren mit der fremden mRNA das Spike-Protein des Sars-Cov-2 selbst. Dieses sitzt gut sichtbar auf der Oberfläche des Virus und wird benötigt, um in die Wirtszelle eindringen zu können. Die von der mRNA erzeugten Proteine wirken als Antigene, die das Immunsystem zur Anti-Körper-Produktion stimulieren sollen.

Welchen Nutzen haben die mRNA-Impfstoffe und welche Risiken?

Wenn Sie mit Nutzen eine stabile Immunität meinen, ein Kernziel von Impfungen, dann hat die neuartige Impfung keinen. Nur ein weiteres Prozent der überwiegend auch gegen Coronaviren schon immunen Bevölkerung wird durch die Impfung zusätzlich geschützt. Das steht in keinem Verhältnis zu den nicht geklärten Risiken. Um die wichtigsten Gefahren zu nennen: Wir wissen momentan nicht, welche Nebenwirkungen die Nano-Partikel haben, die die mRNA umgeben und in die Zellen einschleusen.

Ebenso sind weitere Zusatzstoffe, sogenannte Additive enthalten, die das Immunsystem sehr stark anregen. Diese können zu sehr gefährlichen Immunreaktionen führen; damit sind auch lokale Entzündungen gemeint, wie zum Beispiel im Herzmuskel. So können Menschen wenige Tage nach einer Impfung zum Beispiel an einer Herzmuskelentzündung sterben. Den einzigen nachweisbaren Nutzen am neuen Impfstoff hat also derzeit die Pharmaindustrie, die mit günstigen Herstellungsverfahren und schnellen Zulassungen – ohne für Schäden haften zu müssen – eine Menge Geld verdient.

Im Zusammenhang mit den neuen Impfstoffen und heftigen Nebenwirkungen taucht der Begriff Zytokinsturm auf. Was passiert da im Körper?

Ein ganz normaler Abwehrmechanismus des Immunsystems gerät aufgrund einer Überproduktion von Botenstoffen, Zytokinen, des Immunsystems außer Kontrolle. Während dieses Vorgangs werden Immunzellen an den Infektionsherd gelockt, die dann übermäßig und unreguliert Zytokine ausschütten. Das steigert sich immer weiter und es entsteht ein sich ständig verstärkender Teufelskreis. Der Körper wird mit diesen Botenstoffen überflutet. Statt die eigentlichen Eindringlinge zu bekämpfen, greifen die entfesselten Immunzellen die Gewebe und Organe an, was bis zum Organversagen und damit zum Tod führen kann.

In den Medien wird immer wieder von schweren Corona-Ausbrüchen und Verläufen, inklusive Todesfällen, nach Impfungen in Pflegeheimen berichtet. Was ist aus Ihrer Sicht jetzt zu tun?

Jeder Amtsarzt kann in einem Pflegeheim nach einem Corona-Ausbruch die Patienten nach Geimpft und Ungeimpft kategorisieren. Haben nur die Geimpften einen positiven PCR-Test inklusive Symptomen, dann ist das vermutlich eine Folge der Impfaktion. Wenn auch die Ungeimpften ähnlich reagieren, dann ist ein zwischenzeitlicher Ausbruch wahrscheinlicher. Um die Ursachen der Todesfälle zu klären, müssen die Leichen obduziert werden. Das passiert ja jetzt glücklicherweise das erste Mal aufgrund von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Köln.



Neuartige Impfstoffe werden ohne Rücksicht auf Verluste an Menschen getestet.

Bildcollage: DW/Jill Sandjaja

Normalerweise dauert eine Impfstoffzulassung durchschnittlich zehn Jahre. Dieses Mal ging es deutlich schneller. Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA hat die mRNA-Impfstoffe bedingt zugelassen. Was steckt dahinter?

Wer kontrolliert das? Ab wann gilt ein Impfstoff als zu gefährlich?

Generell möchte ich anmerken, dass in der ausgerufenen Corona-Pandemie vieles anders läuft als zuvor. Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) wurde zum Beispiel nicht wie sonst in eine Nutzenbewertung einbezogen. Das IQWiG entstand 2004 genau für solche Risiko-Abwägungen bei neuen therapeutischen und diagnostischen Verfahren. Eine bedingte Zulassung heißt, dass der Hersteller, während der Impfstoff bereits verabreicht wird, noch Beobachtungsstudien bis zu einem definierten Zeitpunkt einer Behörde vorlegen muss. Das Brisante: Die Studien werden von den Herstellern und von deren eingesetzten Ärzten selbst erstellt. Aufgrund des Auseinanderklaffens der Verhältnisse in der vorgelegten Studie und der jetzigen Realität – mit teils heftigen Nebenwirkungen – wäre der Impfstoff früher schon längst vom Markt genommen.

Bundeskanzlerin Merkel sagte im Interview kürzlich, dass es nur für Geimpfte einen Weg zurück zu den Grundrechten und damit in die Normalität geben würde. Was sagen Sie aus Perspektive der Medizin-Ethik dazu?

So eine Aussage ist nahezu unglaublich! Die gesamte Bevölkerung würde so aufgrund des ausgeübten Drucks zu einem hohen gesundheitlichen Risiko genötigt. Wie kann Frau Merkel eine Impfung erzwingen wollen, für die nicht einmal eine ausreichende Schaden-Nutzen-Abwägung vorliegt.

Was Schönes zum Schluss: Was empfehlen Sie unseren Lesern in der Hauptvirenzeit, um sich gegen Erkrankungen zu schützen?

Ich selbst trinke bei erstem Halskratzen starken Zistrosentee oder lutsche entsprechende Pastillen. Diese Heilpflanze stammt aus dem Mittelmeerraum und reduziert auf natürliche Weise die Viren im Rachenraum. Und das alles ganz ohne Nebenwirkungen. Zum Winter hilft auch eine richtig dosierte Vitamin D3-Substitution.

Das Gespräch führte Nadine Strotmann.

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)

Wechsel des Bezugszeitraums
2020/2021
2017 - 2020 Ø
2016 - 2019 Ø
2016 - 2019 (min./max.)
2017 - 2020 (min./max.)
2020/2021 (darunter COVID-19)
30 000
25 000
20 000
15 000
10 000
5 000
0
2020 KW1
2020 KW1
2021 KW1
2021 KW1

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

REGIERUNG WILL CORONA FÜR IMMER

Berlin/DW. Am 10. Februar 2021 kam wieder die jenseits des Gesetzes stehende Runde aus Ministerpräsidenten der Bundesländer und Bundeskanzlerin zusammen. Der *Lockdown* wird als Ergebnis bis zum 7. März verlängert. Die meisten Bundesländer werden wohl ab dem 22. Februar allmählich Grundschulen und Kindergärten wiedereröffnen. Eine Öffnung der Geschäfte, der öffentlichen Orte und der kulturellen Einrichtungen wird nun an die Bedingung geknüpft, dass ein bundeslandweiter Inzidenzwert von 35 erreicht wird. Bislang war die goldene Marke ein Wert von 50. Begründet wird die Verlängerung und die Grenzwertverschärfung mit Virusvariationen (»Mutanten«). (hes)

CORONA-SENAT WILL BERLINER S-BAHN VERKAUFEN

Berlin/DW. Der Berliner Corona-Senat unter Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat bekanntgegeben, dass die Antragsfrist zur Ausschreibung der Berliner S-Bahn endet. Ab 2027 sollen Konzerne den Fahrbetrieb auf zwei Dritteln des Netzes erledigen. Die Konzerne Hitachi, Skoda, China Railway Rolling Stock Corporation (CRRC), Siemens, Stadler, Bombardier, Alstom, CAF (Spanien) und MTR (Hongkong) werden Meldungen zufolge am Bieterverfahren für den Aufkauf jeweils verschiedener Teile der Berliner S-Bahn teilnehmen. In England hatte die Privatisierung des Schienenverkehrs zum völligen Fiasko geführt, sogar mit zahlreichen Todesopfern. Die Berliner Regierungskoalition besteht seit 2016 und ist eine Koalition aus SPD, Linkspartei und Bündnisgrünen. Unter der »rot-roten« Stadtregierung von SPD und Linkspartei waren rund 100.000 Wohnungen aus Gemeinbesitz verkauft und die spätere Korruptionsruine des BER-Flughafens ausgeschrieben worden. (ale)

DIÄTENERHÖHUNG FÜR CORONA-PARLAMENT

Dresden/DW. Die Abgeordneten im Corona-Parlament des Landes Sachsen erhöhen sich die Diäten. Die Funktionäre der drei Regierungsparteien CDU, SPD und Bündnisgrüne (»Kenia-Koalition«) einigten sich in der ablaufenden Woche auf eine Anhebung von 5.943,50 Euro auf 6.237 Euro ab November 2021. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Sören Voigt sagte dem Regierungssender *MDR*, nach zwei sogenannten Nullrunden sei eine »Anhebung angemessen«. (ale)

CORONA-REGIME LÄSST PRAXIS ANGREIFEN

Sinsheim/DW. Die Arztpraxis des bekannten oppositionellen Facharztes Dr. Bodo Schiffmann ist von Inlandsmilizen des Corona-Regimes angegriffen und durchsucht worden. Der Übergriff begann am Mittwoch, 10. Februar, und sollte am Donnerstag fortgesetzt werden. Dabei soll sogar das Mobiltelefon des Arztes mit Telefonnummern von Patienten und Journalisten rechtswidrig beschlagnahmt worden sein. (mha)

Transnationaler Staatsterror

Fortsetzung von der Titelseite

Alle genannten Maßnahmen dienen der Disziplinierung. Sie wurden sämtlich geschaffen, den Polizei- und Überwachungsstaat zu installieren, die Spitzel-, Blockwart- und Anschwärzmentalität zu fördern und das staatsschutzgepämperte Lumpenproletariat der »Transatlantifa« gegen Demokraten in Stellung zu bringen. Sämtliche staatsterroristisch-diktatorischen Maßnahmen entspringen den kranken Hirnen eines vollkommen aus dem demokratischen Ruder gelaufenen »Eliten«-Komplotts.

Dieses nur qua Machtfülle, nicht durch Qualifikation, »Elite« zu nennende Konglomerat geht sogar so weit, selbstverständliche menschliche Freiheiten von einer grundsätzlichen Impfbereitschaft abhängig zu machen, wie zum Beispiel Merkel, Söder und Maas betonen. Die Spaltung der Gesellschaft in Impfwillige und zu bestrafende »Impfverweigerer« läuft auf Hochtouren. »Impfen macht frei« könnte folgerichtig über den neuen Impfzentren und Corona-Quarantäne-Käfiganlagen stehen.

Aber das Staatsverbrechen geht munter weiter: Beförderungsverbote, Aus- und Einreiseverbote sind in Kraft getreten, um den »Killervirus« in den Griff zu bekommen. Komplette Flugverbote sind im Gespräch. Jeden Tag eskalieren die Herrschaftscliquen weiter. Der Terror hat System und ist selbst zum System geworden. Möchte die faschistische Merkel-Truppe das von ihr kaputtregierte Land mit Stacheldraht einzäunen, Selbstschussanlagen errichten und Schießbefehle erteilen?

»IMPFEN MACHT FREI«

Selbst richtungweisende Gerichtsurteile wie das des Weimarer Amtsgerichts zügeln die bösartige Durchstechmentalität der vom Ausnahmezustand Besessenen in keiner Weise. Im Gegenteil, sie fühlen sich in ihrer angemaßten, diktatorischen Machtvollkommenheit belästigt und gehen weiter.

Offensichtlich beabsichtigt das Regime, durch fortgesetzte Repressionsmaßnahmen und gezielte Provokationen den Bürgerkrieg herbeizuführen. Dessen Vorboten zeigten sich unter anderem in Paris, Brüssel und niederländischen Städten. Die Geschäftszerstörungen und Plünderungen in niederländischen Städten wurden vom Polizeistaat orchestriert, so wurde mir berichtet: Straffällige Jugendliche wurden gegen Versprechen aller Art in Stellung gebracht, um die gewünschten Bilder zur Diskreditierung der Demokratiebewegung zu produzieren. Dasselbe berichtete Catherine Austin Fitts aus mehreren Städten in den USA.

Die Aufstandsbekämpfung unter Einsatz des Militärs im Innern ist längst vorbereitet und wird von den organisierten Politkriminellen angestrebt. Der aktuelle Ausnahmezustand soll militarisierter Dauerzustand, die neue totalitäre »Normalität« werden. Voll ins Bild passt, dass das Merkel-Regime klandestin zahlreiche Behörden und Gerichte von einschlägigen waffenrechtlichen Vorschriften freistellte.

Dies wurde im Bundesgesetzblatt am 30. November 2020 veröffentlicht. Das heißt, die Behörden bewaffnen sich. Das verfassungsfeindliche Regime bereitet sich auf den Bürgerkrieg vor. Die westlichen Regime wollen und müssen den Preis ihres eigenen Untergangs weitermachen. Sie können gar nicht mehr zurück, selbst ein *Chile 2.0* für Gesamteuropa ist für sie offensichtlich eine denkbare Option – pure Gewalt.

PSEUDO-ENTHÜLLUNGSTORY ZUM BMI-PANIKPAPIER

160 von 210 Seiten des E-Mail-Verkehrs wurden größtenteils geschwärzt. | *Von Aya Velázquez*

Die *Welt am Sonntag* (WamS) veröffentlichte am 7. Februar dieses Jahres einen sogenannten Enthüllungsartikel mit dem Titel »Maximale Kollaboration« zum Strategiepapier des Bundesinnenministeriums (BMI).

Die Autoren Anette Dowideit und Alexander Nabert gaben an, dass ihnen ein Datensatz aus 210 Seiten vertraulicher Emails vorliege, die die Entstehung des BMI-Strategiepapiers begleiteten. Eine Gruppe von Anwälten um Niko Härting hatte nach einem monatelangen Rechtsstreit eine Herausgabe der betreffenden Dokumente seitens des BMI und des RKI erfolgreich juristisch erstritten. Der Email-Austausch verlief zwischen Horst Seehofer, Markus Kerber, den Autoren des Strategiepapiers sowie diversen Funktionären des RKI, darunter Lothar Wieler und höchstwahrscheinlich Christian Drosten. Die Autoren des *WamS*-Artikels entnahmen den Emails, dass repressive Maßnahmen das eigentliche Ziel darstellten, zu deren Rechtfertigung sich die Wissenschaft willfährig von der Politik vor den Karren spannen ließ. Die verantwortlichen Politiker wiederum beriefen sich auf die eigens korrumpierten Wissenschaftler.

Im Netz wurde der *WamS*-Artikel ambivalent aufgenommen: Die anfängliche Euphorie über eine Enthüllung der *WamS* wich bei vielen einer baldigen Ernüchterung: Die Autoren beriefen sich im Artikel auf die langst widerlegte Letalitätsrate von einem Prozent und bestätigten damit sogar die zentrale Propagandaaussage des Panikpapiers. Viele Online-Kommentatoren werfen der *WamS* daher eine »Pseudo-Enthüllung« vor. Inzwischen mehren sich kritische Stimmen, die von den Anwälten rund um Niko Härting eine vollständige Herausgabe der 210-seitigen »Akte Panikpapier« einfordern. Der Fall sei von zu hoher gesellschaftlicher Relevanz, um als »Exklusiv-Story« der Profilierung einzelner Anwälte oder Journalisten zu dienen. In einem funktionierenden Rechtsstaat hätten wir es strenggenommen ohnehin mit einem Fall für die Staatsanwaltschaft zu tun.

Das BMI befindet sich nach der Veröffentlichung des *WamS*-Artikels trotz dürftiger Fakten bereits im Panikmodus: Unmittelbar nach dem Erscheinen des Beitrags löschte das Innenministerium das Strategiepapier von seiner Webseite, obwohl es dort seit Monaten abrufbar und längst auf tausenden Rechnern gespeichert ist. Auch das RKI tat sich mit einer eher peinlichen Vertuschungsaktion hervor: Laut Niko Härting sind weite Teile des Dokuments geschwärzt – auf 160 von 210 Seiten wurden Schwärzungen vorgenommen. Das vielleicht pikanteste Detail: Der vom RKI am häufigsten geschwärzte Begriff lautet »China«.





Die völlige Chaotisierung Europas als Folge der verbrecherischen Corona-Politik ist ohnehin unausweichlich. Diese perverse Politik wird mit der Nato und zwischen den Geheimdiensten abgestimmt. Der klandestine Polizei- und Militärstaat scheint den Gang der Dinge maßgeblich mitzubestimmen. Dabei handelt es sich um eine Art Politik der verbrannten Erde, wie wir sie aus dem Nahen und Mittleren Osten oder von den Schockstrategien gegen arme Länder kennen – ohne jedoch direkt die Städte und Infrastrukturen zu zerstören. Leergefegte Geisterstädte sind schon jetzt die Folge der Corona-Politik. Geistergebäude sind für die Finanzmafia willkommene Investitionsobjekte.

In der gesamten Geschichte der Menschheit riss das organisierte Politverbrechen im eigenen Untergang ganze Staaten und Völker mit in den Abgrund. Genau an dieser Schwelle stehen wir 75 Jahre nach dem 2. Weltkrieg: Die Mächte der Finsternis – Giga-Kapitalakteure, Psychopathen, Hasardeure, organisierte Kriminelle, digitale Großkonzerne mit Allmachtsphantasien, Big Pharma, machtbesoffene, empathiefreie Technokraten und die Neofaschisten in Polizei- und Militärapparaten bestimmen aktuell den Gang der Geschichte.

Aber ihr Plan ist umfassender: Das langfristig angelegte Post-Corona-Zeitalter der Transhumanisten lässt sich nur realisieren, wenn der Nationalstaat, die Vielfalt der Kulturen, der Kulturbetrieb, die sich selbst tragende klein- und mittelständische Wirtschaft und die Demokratie, wie wir sie kannten, vollends ausgelöscht sind. Alles soll in einem monströsen Superstaat verschmelzen. Der wohl wichtigste Schalthebel, um die Nationalstaaten komplett zu erodieren, ist die Totalverschuldung, die jeden nationalstaatlichen Gestaltungsraum für alle Zukunft außer Kraft setzt. Der kollabierte Klein- und Mittelstand, die Millionen ruinierter Existenzen, alle sollen als Billiglöhner in der neuen digitalen Sklavenwirtschaft beschäftigt werden.

DAS ZIEL DES CORONA-REGIMES: VERNICHTUNG VON MITTELSTAND UND GEWERBE

Die gesamte EU ist ein chaotisch-zukunftloser Pleite-Kontinent in der Hand von Zentralbanken, Finanzmafia, technokratischen Politchargen, Transatlantikern und ihren Followern. Sie werden die *Lockdowns* erst dann beenden, wenn sie den Klein- und Mittelstand, die Kultur und das soziale Zusammenleben »nachhaltig« abgeräumt haben.

Das wirklich Neue an der aktuellen politischen Konstellation ist die unheilige Allianz der globalkapitalistischen Akteure und Profiteure und ihrer Regierungen auf der einen Seite und den technokratisch-bürokratischen Politchargen schein-linker Provenienz auf der anderen Seite. Diese Technokraten am Staatstropf — prototypisch der Berliner Senat — nähren sich aus den ideologischen Abfällen des Stalinismus und Maoismus. In ihren Allmachtsfantasien suhlen sie sich in der Vorstellung, Wirtschaft und Völker unter die Knute eines totalitären Welt-Zentralstaates zu zwingen. Alles soll in einer komplett neuformatierten geopolitischen Ordnung der Welt aufgehen.

Das Ziel der westlichen »Eliten«-Faschisten ist die totalitäre *New World Order* (*One World Order* und *Green-New-Deal-Ideologie*). Ob diese einmal die gesamte Welt umfassen wird, ist Gegenstand der aktuellen geopolitischen Machtkonfrontation.

Ullrich Mies arbeitete über ein Jahrzehnt in leitender Position der Bundesagentur für Arbeit. Heute ist der studierte Politologe lieber Buchautor und Chef des Politikressorts dieser Zeitung.



80.000 Demokraten in Leipzig verteidigen uns.

Foto: Hannes Henkelmann



Bild Links: Stützen des Regimes nach einem Gemälde von George Grosz.

Bildcollage: DW/Jill Sandjaja

IT-NERD IM DIENST DES STAATS

Wer ist Philip Kreißel, der vermeintlich unabhängige Blogger und Autor des »Volksverpetzers«? Recherchen zum Kampfblatt der Regierung. | Von Julian Stech

In seinen Beiträgen lässt Kreißel die Leser wissen, was er von Menschen mit anderen Meinungen, Sichtweisen und Erkenntnissen hält: Nämlich gar nichts. Für ihn sind diese Menschen »Nazis, Rechtsradikale, AfD-Anhänger, Aluhutträger und Verschwörungstheoretiker«. Ohne diesen Beschimpfungskanon kommt Philip Kreißel in keinem seiner Blogs aus.

Woher kommt dieser Drang, gegen fremde Menschen zu hetzen? Ist es einfach nur sein Job, seine Art Geld zu verdienen? Wenn man sich die Organisationen ansieht, denen er seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, könnte man zu diesem Ergebnis gelangen. Philip Kreißel, ein unabhängiger Blogger und Datenanalyst? Von wegen!

Er arbeitet für die Counter-Speech-Initiative *#ichbinhier*, die im vergangenen Jahr bewiesen hat, dass sie das Geld der »ganz Großen« erwarten kann, solange die Mitarbeiter fleißig Pro-Regierung Meinungsjournalismus betreiben. Da wäre einmal die Auszeichnung mit dem »Digitalen Vereinsmeier« der *Digitalen Woche*. Die Förderer sind das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Telekom und Deutsche Bahn. Oder das Stipendium im Rahmen von startsocial 2020. Schirmherrin: Angela Merkel, Förderer: SAP, *ProSiebenSat.1* Media SE, McKinsey & Company, Allianz Versicherung.

Noch interessanter ist Kreißels Mitarbeit beim *Institute for Strategic Dialogue* (ISD Global). Um die Arbeitsbereiche dieses global vernetzten Instituts zu erahnen, kann man sich deren Homepage einmal ansehen (www.isdglobal.org). Eine Art Marketingfirma für Regierungen und Schlagzeilenlieferant der Mainstream-Medien unter dem Deckmantel der vermeintlichen Rassismusbekämpfung im Internet.

Allem, was den Machthabern und ihren Organisationen nicht in den Kram passt, wird der Terrorismus-Rechtsradikalismus-Stempel aufgedrückt. Zum Verwaltungsrat von ISD zählen unter Anderem Mathias Döpfner (Axel Springer SE und Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger), Roland Berger (Unternehmer und Ex-Politikberater für Schröder, Merkel) und Karl-Theodor zu Guttenberg (Lobbyist und Ex-Politiker). Partner für ISD-Programme wie OCCI (*Online Civil Courage Initiative*) oder »Be Internet Citizens« sind natürlich Big-Tech-Firmen wie Facebook und Google.



BAYERISCHER VGH STÄRKT VERSAMMLUNGSFREIHEIT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Der bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat mit Beschluss vom 31.1.2021 die Versammlungsfreiheit gestärkt und entschieden, dass Versammlungen auch während nächtlicher Ausgangsbeschränkungen stattfinden dürfen. Das Verfahren habe ich in eigenem Namen bezüglich einer von mir angezeigten Demonstration in München am selben Tag geführt.

Der VGH betonte dabei, dass Ordnungsvorschriften nicht um ihrer selbst willen angewendet und durchgesetzt werden dürfen, sondern stets verfassungskonform unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes herangezogen und ausgelegt werden müssen.

Das Gericht setzte sich damit sowohl über den Willen der Stadt München als auch über den des Verordnungsgebers hinweg und legte die Norm nach deren Sinn und Zweck zugunsten der Versammlungsfreiheit aus. Es sei nicht ersichtlich, dass durch eine Versammlung nach 21 Uhr ungleich höhere Infektionsgefahren bestünden als davor. Die Entscheidung dürfte auch auf andere Bundesländer Auswirkung haben, weshalb davon auszugehen ist, dass Versammlungen künftig auch während nächtlicher Ausgangsbeschränkungen durchgeführt werden können.

Auch die Teilnehmerbeschränkung von 200 hob das Gericht auf 300 an. In der Begründung des Gerichts war auch eine Tendenz zu erkennen, dass bei künftigen Versammlungen wieder (deutlich) höhere Teilnehmerzahlen möglich sind.

VERFASSUNGSWIDRIGE VERSAMMLUNGSBESCHRÄNKUNGEN

München gehört zu den Großstädten in Deutschland, in denen die Versammlungsfreiheit derzeit am stärksten eingeschränkt ist. Deshalb habe ich für die nächsten zwei Monate wöchentlich Versammlungen in München angezeigt, um über diverse Gerichtsverfahren die Beschränkungen und Verbote juristisch anzugreifen. Die offen kommunizierte Taktik dabei ist, die kaum vorhandene Argumentation der Gerichte immer mehr auseinanderzunehmen, um entweder die Versammlungsfreiheit wieder komplett herzustellen oder zumindest historisch zu dokumentieren – auch zur Vorbereitung von internationalen Strafprozessen –, wie die Gerichte in Jahr 2021 die verfassungswidrigen Versammlungsbeschränkungen in Deutschland gedeckt haben.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt, Bürgerrechtler und Journalist. Er ist Preisträger der Republik. Haintz hat einen Telegrammkanal: t.me/haintz

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

13.02.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
13.02.2021 13:30-16 Uhr	Kaufbeuren, Kaiser-Max-Str. 1	Demo für Friede, Wahrheit und Demokratie
13.02.2021 15-16:30 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Demonstration
13.02.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
13.02.2021 14-17 Uhr (jeden 2. Sa)	Wien, Heldenplatz	FAIRDENKEN Demonstration
13.02.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Berlin, Alexanderplatz	Aufhebung der Corona-Maßnahmen, die Wiederherstellung der Grundrechte
13.02.2021 17-18 Uhr (täglich)	Gerlingen, Solitudestr. 20	Tägliche Mahnwache
13.02.2021 18:30-19:30 Uhr (täglich)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Tägliche Mahnwache auf dem Marktplatz
14.02.2021 12:30-15:30 Uhr	Kiedrich, Zentrum	We are Love
14.02.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Bregenz, Platz vorm Festspielhaus	Demonstration
14.02.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
14.02.2021 14-16 Uhr	Hannover, Schützenplatz	Megademo
14.02.2021 14-16 Uhr	Bludenz, Joseph-Wolf-Platz	Spaziergang
14.02.2021 13-16 Uh	Rheinstetten, wird noch bekannt gegeben	Großer Autokorso Rheinstetten/Karlsruhe
14.02.2021 14-16 Uhr	Steyr, Auf Anfrage	Spaziergang
14.02.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
14.02.2021 14-18 Uhr	Öhringen, Marktplatz	Alles ist möglich! Wir sind der Wandel
15.02.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
15.02.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
15.02.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
15.02.2021 18-19:15 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Spark. Arena B27/B463	Autokorso
15.02.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
15.02.2021 17-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stuttgart, Karlsplatz	Maskenfreies Leben für alle
15.02.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
15.02.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Olympischer Platz	Autokorso Berlin West
18.02.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
18.02.2021 17-20:30 Uhr (jeden Do)	Stuttgart, Kronprinzplatz am Pflasterbrunnen	Aufzug
19.02.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
19.02.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr	Weißenhorn, Rathausplat	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
19.02.2021 17:30-20 Uhr (jeden Fr)	Spremberg, Parkplatz Georgenstraße	Autokorso für Grundrechte
19.02.2021 17-20:30 Uhr (jeden Fr)	Stuttgart, Königstraße 11	Für ein Leben in Frieden, Freiheit und Achtsamkeit
19.02.2021 18-22 Uhr (jeden Fr)	Berlin, P+R Parkplatz Böhlener Str. (U Hönow)	Autokorso Berlin Ost
20.02.2021 14-16 Uhr	Stuttgart, Staatstheater	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Oldenburg, Schlossplatz	Schweigemarsch
20.02.2021 13-17 Uhr	Hamburg, Parkplatz Glacischaussee	Autokorso
21.02.2021 14-16 Uhr	Reutte, Auf Anfrage	Demospaziergang
22.02.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
24.02.2021 15-19 Uhr (jeden 2. Mi)	Enzesfeld-Lindabrunn, Wiener Neustädterstraße	Arbeitsgruppe Positiver Wandel
27.02.2021 14-17 Uhr	Graz, Stadtpark/Ententeich/Messe/Griesplatz	Sternmarsch
27.02.2021 14:30-18 Uhr	Augsburg, Ulrichsplatz	Demozug
20.03.2021 12-16 Uhr	Kassel, Königsplatz	Weltweite Mega-Demo
20.03.2021 12-18 Uhr	Berlin, Vor dem Bundestag	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Küssen erlaubt

Zum Valentinstag auf nach Hannover!



»Liebe ist wichtig«, strahlt Frontmann und Moderator Nana Domena »Lifestyler«, und das Corona-Regime »unmenschlich«. »Wird ein großes Ding, wir sind richtig glücklich über diese Leute«, kommentiert Gewerkschaftsführer Daniel Ré das Programm der Demokratischen Gewerkschaft (DG) bei der Bekanntgabe des »Love Festivals«. Am Sonntag, 14. Februar (Valentinstag), sind 5.000 Demokraten, junge Gewerkschafter und Verfassungsbewegte angemeldet und genehmigt. Der Beginn steht zu Punkt 14 Uhr auf dem bekannten Hannoveraner Schützenplatz. Ab 16 Uhr soll ein Gewerkschaftsmarsch durch die Innenstadt folgen. Die Gewerkschaft stellt das Motto »Arbeit fair teilen« dem Herzchenlogo zur Seite. Als Teilnehmer und Sprecher werden Rechtsanwalt Markus Haintz, Demokratin Sellina Fullert, der Musiker SchwarzVyce, Dr. Walter Weber von den Ärzten für Aufklärung und weitere erwartet. Darunter auch Journalisten und Herausgeber dieser Zeitung. Gerüchte, dass die weltberühmten Musiker, Demokraten und Corona-Oppositionellen Eric Clapton und Ian Brown im Publikum sein werden, erhärten sich. Ersten Schätzungen zufolge sollten sogar 220.000 Menschen in Hannover erwartet werden. Diese Zahl konnte bis Redaktionschluss nicht mehr bestätigt werden. (ale)

Christlicher als der Papst

Unser rasender Reporter Clark Kent *berichtet von Versammlungen und Aktionen der Demokratiebewegung in der ganzen Republik.*

Seit einigen Tagen bin ich wieder unterwegs. Nicht jede Bustour ist wie die von Bodo Schiffmann und Samuel Eckert. Manche verlaufen etwas ruhiger und im Hintergrund. So geht meine Reise. Diesmal von der Hallig Hooge, Niebüll, Kiel, Dithmarschen, Bremerhaven, Köln, Bonn, Mannheim bis nach Stuttgart.

Vor fast einem Jahr hatte in Köln ein Umzug mit 2.000 Menschen stattgefunden. Niemand hatte die Veranstaltung angemeldet, da Versammlungen verboten waren und die Polizei nahm willkürlich Menschen aus der Menge fest… auch Superman. Doch wie jeder weiß, rettet Superman Leben, holt Katzen von Bäumen und macht vieles mehr. Aber er meldet keine Demos an. Ebensowenig hatten es andere getan.

Eine Dame wurde hierfür angeklagt und ihr Fall wurde am 5. Februar an einem Kölner Gericht verhandelt. Diese Verhandlung dauerte eine ganze Minute, da der Richter nicht mit Menschen ohne Maske in einem Raum sein wollte. Der Staatsanwalt muss es wohl ähnlich gesehen haben, denn dieser hatte sich gleich zwei Masken aufgesetzt. Der Anwalt, Dirk Sattelmeier, lehnte den Richter wegen Befangenheit ab. Vor dem Gericht versammelten sich Menschen, die ihren Unmut kundtaten. Ich nutzte die Gunst der Stunde und fragte die Polizisten, ob sie Angst vor den Menschen hätten, die keine Maske tragen, immerhin würden sie vielen innerhalb ihrer Einsätze begegnen. Die Antwort des Polizisten, der die Demonstranten am unmenschlichsten behandelt hatte, war sehr deutlich: »Jeder, der keine Maske trägt, kann nicht mehr ganz normal im Kopf sein.«

Das hat mich stutzig gemacht. Auf meinen vielen Reisen spreche ich mit sehr verschiedenen Menschen. Wir essen miteinander und sie laden mich auch zu sich nach Hause ein. Unsere Themen sind ihre Ängste, ihre Freuden und ihre Hoffnungen. Manchmal tanzen wir, manchmal weinen wir zusammen. Neulich wurde sogar mein Wohnmobil im Regen repariert. Wir unterstützen uns überall da, wo es geht. Ich habe noch nie so offene Menschen erlebt, wie in den Tagen, seit dem Umzug in Köln. Im Gegensatz dazu bekomme ich von den Menschen, die Masken tragen, immer wieder Beleidigungen zu hören, sie strecken mir den Mittelfinger aus und schlagen manchmal andere Personen, wenn sie keine Maske tragen. Wen meinte der Polizist mit »normal«?

Mir kommt die Geschichte vom Heiligen Samariter in den Kopf, wo ein Jude verletzt am Wegesrand liegt und alle Passanten an ihm vorbeigehen, ohne ihm zu helfen. Alle, bis auf einen Samariter. Dieser Samariter half dem armen Mann und pflegte ihn. Samariter waren zu der Zeit bei den Menschen nicht gern gesehen, dennoch war dieser Mann dort und half dem Verletzten. Das machte ihn zum Helden!

Wenn das die neue Normalität ist, und die Menschen mit Maske das sind, was der Polizist sich wünscht, dann bin ich sehr froh, dass ich so viele Samariter gefunden habe, die nicht der »Normalität« angehören.



Danke an alle, die mich aufgenommen haben.

BESCHIMPFT, GESPALTEN UND DRANGSALIERT

Seit Jahren werden auch kritische Bauern diffamiert und marginalisiert. | *Von Sophia-Maria Antonulas und Steve Schramm*

Die Landwirte, die seit Wochen auf Berlins Straßen demonstrieren, fordern mehr Planungssicherheit statt überbordender Bürokratie. Sie wollen von ihrer Hände Arbeit leben können.



Bauern aus ganz Deutschland bringen Widerstand auf Dauer in die Hauptstadt. Foto: Steve Schramm

»Wir wollen als Basis gehört werden. Ein Gesetz nach dem anderen wird an uns Bauern vorbei beschlossen. Deshalb sind wir seit 25. Januar mit unseren Schleppern in Berlin«, erzählt Landwirt Steffen Weller, dessen Traktorfahrt in die Hauptstadt 15 Stunden dauerte. Er gründete 2019 zusammen mit anderen Landwirten die Initiative Land schafft Verbindung (LSV). »Wir demonstrierten im Regierungsviertel, vor dem Umwelt- und Landwirtschaftministerium, fahren mit unseren Schleppern zwei Mal täglich durch die Straßen der Spreemetropole. Ja, wir sind sogar beim *ZDF*, dem *Axel-Springer-Verlag* und beim *RBB* vorgefahren. Aber es hilft alles nichts – die Mainstream-Medien schweigen uns tot oder diffamieren uns als rechts, indem sie sich an einer Fahne aufhängen, deren Wikipedia-Eintrag im Nachhinein geändert wurde.«

Weller und seine Frau bewirtschaften einen 300 Hektar großen Hof im Ostalpkreis in Baden-Württemberg. Fast die Hälfte davon ist Bio-Obst und -Getreide, der andere Teil Milchvieh und Bullenmast. Eine Biogasanlage gibt es auch, die den Betrieb derzeit am Leben erhält. Für ihn und viele weitere Bauern scheint es, dass der Bauernverband seit Ende der 90er den Bezug zur Basis immer mehr verloren hat. Weller versuchte, sich bei der Organisation selbst einzubringen: »Ich habe Fragen gestellt und konstruktive Kritik geübt. Doch dann bekam mein Betrieb immer öfter Kontrollen durch verschiedene Ämter. Und es hagelte willkürlich Anzeigen. Ich sollte wohl eingeschüchtert und mundtot gemacht werden.«

FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION ERHALTEN

Ein protestierender Kartoffelbauer erzählt, dass er mehr verdiene, wenn er seine Flächen brachliegen lässt. Ein anderer erklärt, dass es mehr bringt, seine Kartoffeln an die Biogasanlage zu verkaufen – für 7 Cent das Kilo – als an den Handel. Dem allgemeinen Preisdruck können die Landwirte nicht mehr durchhalten. Heute bekommen sie 33 Cent pro Liter Milch – 1980 waren es 80 Pfennig. »Die Kosten liegen aber bei 43 bis 45 Cent pro Liter. Auch viele kleinere Schlachthöfe mussten schließen, weil die Auflagen so gemacht sind, dass sie nur von großen Betrieben erfüllt werden können«, schildert der Agrartechniker Martin Reichel (Name von der Redaktion anonymisiert) die Problematik. Er ist ebenfalls aus dem Ostalpkreis nach Berlin gekommen, um für eine gerechtere Bezahlung und das Überleben der Bauernhöfe zu demonstrieren. »Wir wollen unsere Höfe für die nächsten Generationen erhalten und nicht verkaufen müssen.«

BAUERNSTERBEN ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHES PROBLEM

In den vergangenen Jahren haben sich die Preise für landwirtschaftliche Flächen vervierfacht. Da Grundstücke über einen Hektar ausgeschrieben werden müssen, erhalten die Höchstbieter den Zuschlag, und das sind eben oft Konzerne statt Landwirte. Der Schatz der Bauern ist ein fruchtbarer lebendiger Boden, ihr Kapital ist ein funktionierender Hof. Landwirte denken dabei in Generationen, sie möchten ihre Höfe und den Boden an ihre Kinder weitergeben. »Kein Landwirt, der sein Land und seinen Beruf liebt, tut irgendetwas, das den Boden schlechter macht. Ziel ist es, einen fruchtbaren Betrieb zu hinterlassen«, möchte Weller auch eine Brükke zum Naturschutz schlagen. Er sieht jedenfalls ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nicht nur die Bauern betrifft. »Politische Entscheidungen sind für die Menschen nicht mehr nachvollziehbar. Es wird von oben nach unten regiert.« Und daher geht es den demonstrierenden Landwirten um mehr als nur einzelne Gesetze wie dem Insektenschutzgesetz. »Unsere Kritik ist viel umfassender. Und wird jetzt von Gegenspielern auf einzelne Gesetze reduziert, wie das Insektenschutzgesetz. Aber das allein ist es doch nicht.«

Auch Lösungsvorschläge haben die Landwirte mitgebracht. Sie fordern mehr Transparenz, wissenschaftliche Entscheidungen statt Ideologie und dass nur Produkte in die EU eingeführt werden, die auch den EU-Gesetzen entsprechen. So könne verhindert werden, dass Importe die Preise drücken. Außerdem wollen sie eine genaue Herkunftskennzeichnung, auch bei Fertiggerichten oder bei in Deutschland zerlegten Tieren. So könnten auch die vielen stillen Importe vermieden werden, die in der Statistik gar nicht aufschienen. Eine weitere Idee ist, dass Bauern gemeinsam Supermarktketten gründen.



Am 6. Februar *versammelten sich in Chemnitz zwischen 1.700 und 15.000 Demokraten aus ganz Sachsen, um für ihre Grundrechte und Freiheit einzustehen. Für den Veranstalter, die Bürgerinitiative »Chemnitz steht auf«, war die Kundgebung ein voller Erfolg. Sie haben nur eine Nachricht an die Polizei: »Die Wasserwerfer dürfen zukünftig in der Garage bleiben!«* Foto: Antonulas, Privat

»VIELE ERLEBEN DIE WELT AUS EINER ANGSTPERSPEKTIVE«

Sprachtherapeutin, Sonderschullehrerin und Heilpraktikerin für Psychotherapie im Interview. | *Von Hannes Henkelmann*

Im zweiten Teil geht es Frau B., die derzeit nicht mit vollem Namen genannt werden möchte, um die zum Teil unvereinbar erscheinenden Einstellungen von Erwachsenen zu den Corona-Maßnahmen sowie um die Konsequenzen für unser gesellschaftliches Zusammensein.

DW: Wie gehen Sie mit den Regeln um?

B.: Um in der aktuellen Realität zurechtzukommen, gelten für mich drei Regeln. Erstens: Wenn ich krank bin, bleibe ich zu Hause. Zweitens: Ich setze das absolute Muss an Regeln um, zu denen ich per Verordnung verpflichtet bin. Meine Grenze wäre erreicht, wenn ich nach meiner Einschätzung entweder meinem Gegenüber oder mir selbst durch Beachtung auferlegter Regeln Schaden zufügen würde. Drittens: Wichtig für die Kontaktgestaltung ist für mich auch die Befindlichkeit meines Gegenübers. Da bin ich respektvoll. Wenn jemand größere Sorgen um das Infektionsrisiko hat, halte ich mehr Abstand. Gleichzeitig versuche ich aber auch immer, meinem Gegenüber durch mein Verhalten keine Bestätigung für seine Angst zu liefern.

Die Gesellschaft ist aktuell sehr gespalten. Wie lassen sich die verschiedenen Menschen erklären, die nicht mehr zueinander zu finden scheinen?

Was ein Mensch zu dem Geschehen denkt und empfindet und wie er sich dazu verhält, hat zu tun mit seiner Persönlichkeit, seiner Lebensgeschichte, seinen Erfahrungen und Wertvorstellungen und natürlich auch mit seinem Umfeld und seinen Informationsquellen. Die Gesellschaft ist geteilt in zwei Gruppen: Diejenigen, die dem offiziellen Narrativ der Corona-Pandemie und der Alternativlosigkeit der Maßnahmen Glauben schenken, und diejenigen, die es hinterfragen.

Wie kommt es denn dazu, dass einfach viele Menschen gar nicht bereit sind, sich auch eine kritische Perspektive anzuhören und in den Dialog zu treten?

Viele erleben die Welt aus einer Angstperspektive: Wer Angst hat, fühlt sich einer Situation nicht gewachsen, und möchte folglich keine Verantwortung übernehmen. Er vertraut lieber Autoritäten und klammert sich an deren Rettungsplan. Zu hinterfragen, was von der Regierung und den Medien in einer Absolutheit behauptet wird, würde mit einer Zerstörung des bisherigen Weltbildes einhergehen. Es würde bedeuten, Führung von Außen zu verlieren und stattdessen Eigenverantwortung übernehmen zu müssen. Das wäre für viele Menschen schmerzhaft überfordernd. Viele können sich nicht vorstellen, dass es hier möglicherweise um andere Motive, als um unsere Gesundheit gehen könnte.

Gibt es weitere Motive?

Manche Menschen erlebe ich einfach als pragmatisch. Nicht ängstlich, aber auch nicht selbstständig denkend, sozusagen gar nicht in dem Bewusstsein, dass man überhaupt das Geschehen hinterfragen könnte. So erlebe ich aktuell vor allem viele jüngere Menschen. Und dann gibt es noch diejenigen, die – so seltsam es klingt – von der Krise profitieren. Ich meine jetzt gar nicht finanziell, das gibt es natürlich auch, sondern psychologisch. Einige können durch das kollektive Thema wunderbar ablenken von eigenen Themen, die sie schon länger nicht gelöst bekommen und die jetzt erst mal verdrängt und verschoben werden können. Und einige fühlen sich jetzt auch besonders gut in der Rolle der sogenannten Gutmenschen. Sie handeln schon im vorauseilenden Gehorsam, um Anerkennung zu bekommen.

Wie ist es mit denen, die den Maßnahmen kritisch gegenüberstehen?

Auch die sind ein bunter Haufen. Studien haben ergeben, dass da viele Selbstständige dabei sind, die es natürlich kennen, Verantwortung für ihr Leben und auch für andere zu übernehmen. Viele von ihnen haben auch Schaden durch die Maßnahmen erlitten. Die Menschen in der Widerstandsbewegung sind eher freiheits- als sicherheitsliebend und legen die Priorität auf Selbstbestimmung in Gesundheits- und anderen Lebensfragen.

Es sind Menschen dabei, die bereits Manipulation erlebt haben und diese daher sofort durchschauen. Menschen, die aus Unrechtsregimen kommen, erkennen schnell alte Mechanismen von Propaganda. Es gibt da eine hohe Sensibilität. Natürlich kann es auch passieren, dass überreagiert und überinterpretiert wird – das ist die Gefahr. Keiner kennt die absolute Wahrheit in dieser Geschichte. Es gibt Menschen, die sich trauen, ihre kritische Sichtweise zu äußern. Sie informieren sich breit und setzen sich aktiv für andere Vorgehensweisen ein. Andere spüren intuitiv, dass etwas nicht stimmt, möchten sich aber aus verschiedenen Gründen nicht so intensiv damit beschäftigen.

Haben Sie Ideen, wie die Gesellschaft diese Spaltung überwindet?

Die Stimmung ist so aufgeheizt, weil sich die Gruppen gegenseitig Vorwürfe machen. Maßnahmenverfechter werfen Maßnahmenkritikern vor, egoistisch zu sein und andere zu gefährden. Die Kritiker halten den Maßnahmentreuen eine egozentrische Perspektive vor im Sinne einer Ignoranz der immensen Kollateralschäden, die durch *Lockdowns* und Masken verursacht werden. Gegenseitig haben außerdem beide Gruppen den Eindruck, die jeweils andere gefährde unsere Demokratie. Ich glaube, ein Anfang könnte – wie so häufig – darin bestehen, einander zuzuhören und die Perspektive des jeweils anderen zu verstehen. Insbesondere die Maßnahmenbefürworter möchte ich hier zum Zuhören einladen.


Eine Psychotherapeuthin arbeitet gegen die Angst. Foto: Hannes Henkelmann

Wo würden Sie sich hier selbst verorten?

Ich zitiere den Psychotherapeuten Franz Ruppert: Eine Naturkatastrophe erzeugt Solidarität. Eine menschengemachte Katastrophe erzeugt Spaltung. Der moralkompetente Mensch ist nicht jemand, der sich einer Führung unterwirft und Befehle von oben gehorsam umsetzt, sondern jemand, der kritisch hinterfragt. Das wäre mein Wunsch an die Menschen: Dass sie Fragen stellen, sich selbst ein Bild von allen Seiten machen, dass sie eigenverantwortlich denken und handeln. Darin könnte der große Lernprozess dieser Krise bestehen.

Briefe an die Redaktion

DIE MACHT DER KONSEQUENZ

Die sogenannte DDR hat sich nicht so lange halten können, weil es viele SED-Mitglieder gab und eine Unmenge an Stasispitzeln. Es waren die Millionen von Mitläufern und Opportunisten. Es waren die, die sich haben kaufen lassen, es waren die Inkonsequenten. Ein Staat kann gar nichts, wenn es der Souverän, also sein wesentlicher Teil, das Volk, nicht wirklich will. Seien Sie konsequent, leben Sie wie Menschen und nicht wie Marionetten. Informieren Sie sich an der Wirklichkeit und werfen Sie Ihren zwangsfinanzierten Televisor auf den Müll – *Johann Senn, Rankweil, Österreich*

GRUNDGESETZ IST ESSENTIELL

Mein Anliegen deckt sich ziemlich genau mit eurem. Ich wundere mich schon seit März 2020 darüber, dass so wenige Mitbürger in der Beschränkung unserer Grundrechte ein Problem sehen. Der Wert unsere Grundrechte ist vielen Menschen überhaupt nicht bewusst. Da besteht eine riesige Bildungslücke. Es gibt keinen Aufschrei, obwohl es doch offensichtlich ist, dass unsere Regierungen ständig die Verfassung brechen. Die Grundrechte sind unmittelbar geltendes Recht (GG, Art.1,3). Keine Verordnung darf über dem Grundgesetz stehen. Danke für eure Arbeit und herzliche Grüße aus Oberbayern *– Thomas F., Weißach/Kreuth*

HILFE!

Ich habe ein Friseurgeschäft seit 44 Jahren. Meine Tochter Sabrina arbeitet auch bei mir. Außerdem haben wir vier Azubis und zwei Gesellinnen. Bei der ersten Pandemie mussten mein Mann und ich 40.000 Euro von unserem Rentenkonto auf mein Geschäftskonto einbezahlen, trotz der 15.000 Euro vom Staat war es sehr knapp. Heute verlangt der Staat Geld zurück. Bei der zweiten Pandemie mussten wir nochmals 14.000 Euro von unserem Rentenkonto und 6.000 Euro vom Sparbuch zuschießen. Die Konten sind leer. Wir haben nichts mehr. Der Staat hat unsere Rente gefressen. Darf er das? *– Roswitha K., Bad Wurzach*

ZUKUNFT MENSCH

Gleichheit im Rechtsleben, Freiheit im Geistesleben und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben brauchen wir. In der Wirtschaft wäre Freiheit fatal, da die Wirtschaft brüderlich geregelt werden sollte. Im Rechtsleben brauchen wir Gleichheit, nicht Freiheit und nicht Brüderlichkeit. Im Geistesleben hat der Staat nichts verloren und auch die Wirtschaft nicht. Da muss der Mensch sich ganz frei entfalten dürfen *– Axel B.*

Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch

Die Solidarische Landwirtschaft macht es möglich. | Von Hermann Ploppa



Hunderte Bauern demonstrieren dauerhaft mit ihren Traktoren auf Berlins Straßen für mehr Planungssicherheit und eine bessere Zukunft für die kommenden Generationen. *Foto: Steve Schramm*

Berlin ist mal wieder der Schauplatz eindrucksvoller Bauernproteste. Traktoren knattern seit Wochen durch die Bundeshauptstadt (siehe auch Seite 6).

Es hat schon seine Gründe, wenn die Landwirte ihren Hof verlassen und in klirrender Kälte ausharren. Vor einiger Zeit hatten sich spontan unzufriedene Landwirte in der Facebook-Gruppe mit dem Namen *Land schafft Verbindung* zusammengetan. Schnell wurden es einige Tausend. Und sie prägen gerade das Bild in Berlin. So heißt es in einem Flugblatt: »Viele politische Entscheidungen bedeuteten eine bewusste Zerstörung der Betriebe. Wir sind gleichermaßen von der Corona-Krise/Preisdumping betroffen und sind durch politisch ausgelöste Marktverwerfungen in Folge immer höherer Standards nicht in der Lage, kostendeckend diese Lebensmittel zu erzeugen.« Und das soll nun die ehemalige Weinkönigin und jetzige Agrarministerin Julia Klöckner zur Kenntnis nehmen. Mal ehrlich: Auch wir haben wenig Ahnung, was die Bauern peinigt.

Heutzutage gibt es gerade noch 266.600 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland, um 1900 waren es noch 5,6 Millionen. In der grünen Branche, also: Forst-, Land- und Fischereiwirtschaft arbeiten jetzt 639.000 Beschäftigte – Tendenz sinkend. Das sind 1,4 Prozent aller Beschäftigten. Die Gewinnmarge ist extrem niedrig. Internationaler Preisdruck führt zur Subventionierung der Agrarbetriebe. Die Politik hat in den letzten Jahrzehnten dafür gesorgt, dass große Betriebe den Hauptanteil der Förderung erhalten, und die Kleinen fallen hinten runter.

Dazu kommt: Die Bevölkerung will kein Gift in Nahrungsmitteln. Die Käfer, Würmer und Vögel sollen bitteschön am Leben bleiben. Die Bauern fühlen sich in der Zwickmühle: Sie sollen billig produzieren und gleichzeitig die Umwelt schonen. Obendrein ist die Bauernschaft gespalten. Etwa 92 Prozent aller Landwirte arbeiten »konventionell«. Sie arbeiten auf großen Ackerflächen, mit riesigen Stallungen für das liebe Vieh, das hier zur Produktionseinheit erniedrigt wird. Sie verwenden Glyphosat und andere Umweltgifte, von denen sich der Boden nur schwer erholt. Es besteht die Gefahr, dass der Boden zu einem leblosen Feingranulat degeneriert, der dann lediglich noch Träger einer Hydrokultur mit synthetischen Nährstoffen ist. Auf der anderen Seite stehen die Landwirte, die ökologischen Landbau betreiben. Sie sind in der *Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft* organisiert. Der Anteil der Ökobauern nimmt stetig zu und liegt heute bei etwa acht Prozent. In zehn Jahren soll ihr Anteil sogar bei zwanzig Prozent liegen. Hinzu kommen die Probleme mit Corona. Auch hier scheinen die Hilfen nicht in der Zuverlässigkeit zu fließen, wie es von den Politikern versprochen wurde. Und zu allem Unglück noch die Afrikanische Schweinepest, die sich vom Ural hochgearbeitet hat und jetzt Brandenburg und Sachsen-Anhalt erreicht. Die Prophylaxe-Maßnahmen ähneln bei der Schweinepest dem strengen Regiment bei Corona. Die Bauern wissen bald nicht mehr, was sie überhaupt noch tun und lassen sollen.

LEBENSMITTELSPEKULATION

Also, warum können die deutschen Bauern kaum noch rentabel arbeiten? Und auf der anderen Seite steigen die Lebensmittelpreise immer weiter an? Zwischen den Bauern und den Endverbrauchern haben sich noch viele Instanzen eingeschaltet, die alle ihren Wegzoll einfordern und ihre Macht als Vermittler skrupellos ausreizen. Die vier Lebensmittel-Giganten Aldi, Lidl, Rewe oder Edeka drücken die Erzeugerpreise gnadenlos nach unten. Wenig bekannt ist, dass Lebensmittel als Spekulationsobjekte gehandelt werden. Neben den Rohstoffen Öl und Energie spielen schlaue Burschen auch mit Lebensmitteln – sogenannten *Soft Commodities* – munter Roulette. Lange Zeit haben Banken und Versicherungskonzerne den Croupier gemacht, bis die Öffentlichkeit gegen diesen unethischen Spekulationshandel protestierte. Die Nichtregierungsorganisation Oxfam spricht zutreffend vom »Hungerroulette«. Vermutlich haben die Banken sich heute nicht wirklich zurückgezogen. Sie haben ihre Verflechtungen vermutlich subtiler verschleiert. Denn seit Neuestem kann man sogar mit Trinkwasser spekulieren. Dem dürfte sich also jetzt im schlimmsten Fall das »Durstroulette« anschließen.

WEGE AUS DEM ELEND

Die Lösung dieser Probleme ist ganz einfach: Wir umgehen die kostentreibenden Zwischeninstanzen einfach und ermöglichen die direkte Lieferung vom Erzeuger zum Verbraucher. In der deutschen Arbeiterbewegung bildeten sich Einkaufsgenossenschaften, denen die bäuerlichen Genossenschaften gegenüberstanden. Das hat jahrzehntelang gut geklappt, bis die Nazis 1933 nicht nur sogenannte jüdische Geschäfte schikanierten, sondern auch die Geschäfte der sozialistischen Einkaufsgenossenschaften. Die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eröffneten Konsum-Läden wurden sukzessive von Discountern wie Aldi und Lidl vom Markt verdrängt.

In den 1980ern entwickelte sich in den Vereinigten Staaten von Amerika die Bewegung der *Community Supported Agriculture* – also von der Gemeinschaft unterstützte Landwirtschaft –, zunächst stark beeinflusst von den Ideen Rudolf Steiners. Das Konzept: Die Verbraucher kaufen sich bei den Bauern ein. Sie zahlen jedes Jahr einen festen Betrag an den Landwirt, der im Gegenzug die Lieferung bestimmter Mengen an landwirtschaftlichen Produkten garantiert. Entweder Einzelpersonen zahlen einen monatlichen Betrag an den Bauern, oder eine Einkaufsgenossenschaft übernimmt den Erwerb und die Verteilung. Das ist eine klassische Situation, bei der alle gewinnen: Der Bauer kann langfristig seine Produktion planen. Er bekommt angemessene Erzeugerpreise und betreibt den Hof im Stil bäuerlicher Landwirtschaft. Die Verbraucher können jederzeit den Bauernhof besuchen und sich selber ein Bild machen. Sie können die Henne kennenlernen, die ihnen das Frühstücksei legt. Sie können ihren Bedarf mit dem Bauern abstimmen. Der Verbraucher nimmt zudem auch sogenannte B-Ware mit. Also Früchte und Gemüse, die zwar absolut nahrhaft sind und auch gut schmecken, aber nicht so perfekt aussehen wie im Werbekatalog. Denn in der herkömmlichen Handelskette werden sehr viele Lebensmittel auf den Müll geworfen, die nicht den ästhetischen Normen entsprechen.

In letzter Zeit hat die Solidarische Landwirtschaft deutlich an Zuspruch gewonnen – wenn auch in einem bescheidenen Maßstab. Die solidarische Landwirtschaft ist im Fernen Osten am stärksten in der Fläche präsent. In Südkorea gibt es über 2.000 solidarische Bauernhöfe mit insgesamt 1.6 Millionen Abnehmern. In der Volksrepublik China mit ihrer genossenschaftlichen Tradition gibt es auch bereits 500 Solidarhöfe. Und in Deutschland entstanden bislang 250 Solidarische Landwirtschaftsbetriebe. Schaut man sich auf der Webseite des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft um, so ist gut zu erkennen: Es ist jetzt schon schwer, in eine agrarische Solidargenossenschaft einzutreten. Denn die solidarischen Bauernhöfe können nur ein gewisses Kontingent an Mitgliedern aufnehmen, und die Wartelisten sind lang.

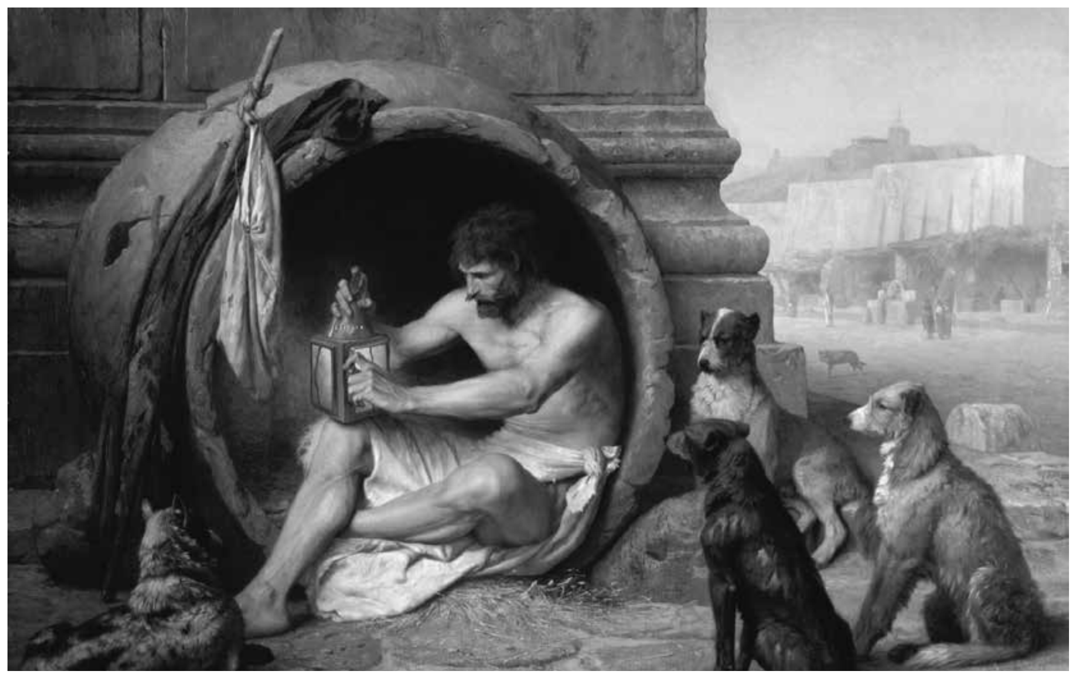
Doch auch vor den »Solawis« macht Corona nicht Halt. Die Fortbildungen und Seminare finden augenblicklich nur *online* statt. Und, sehr bedauerlich: Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft unterhält eine Arbeitsgruppe, die rechte Umtriebe beobachtet, was durchaus nützlich sein kann. Neben vielen zutreffenden Beobachtungen über rechtsextreme Trittbrettfahrer in der Ökologieszene ist sich diese Arbeitsgruppe leider auch nicht zu schade, Corona-Kritiker in Bausch und Bogen und ohne jeden Beleg als »Antisemiten« zu diffamieren. Ob diese Arbeitsgruppe im Namen aller Solawis spricht, erschließt sich nicht. Aber gottlob ist ja die geniale Konzeption der Solidarischen Landwirtschaft nicht das Privateigentum dieser Arbeitsgruppe. Es steht jedem frei, Solidarische Landwirtschaft zu betreiben – ganz ohne parteipolitische Einseitigkeit.

»Ich besitze nichts, ich habe keine Privatsphäre und mir ging es nie besser.«

Tiny Houses – die Verarmung erreicht den Mittelstand | KOMMENTAR *von Hermann Ploppa*

Der griechische Philosoph Diogenes wohnte in einer Tonne. Da lebte er wie ein Hund. Das tat er freiwillig. Denn er wollte sich von allen materiellen Bindungen frei machen. Jeder hat das Recht, ein Leben in Besitzlosigkeit für sich zu wählen. Dass nun allerdings zunehmend Menschen gezwungen werden, in der Tonne zu leben, ist nicht in Ordnung.

Die Mieten in San Franzisco sind so horrend hoch, dass Studenten in Röhrenwohnungen, sogenannten OPod Tube Houses, vegetieren: Unterkünfte, zusammengestoppelt aus Bauschutt. Das wird uns jetzt als trendy verkauft. Das ist schick. Genuss im Stil der neuen Zeit. Der nicht unumstrittene schwedische Möbeldiscounter Ikea hat auch bereits ein Winzighaus im Angebot. Sogenannte Tiny Houses bieten Unterschlupf auf 12 bis 40 Quadratmeter. In den USA leben viele Menschen schon lange auf fahrbaren Untersätzen. Verlieren sie ihren Job, ziehen sie mit ihrem Schneckenhaus einfach mal eben einige tausend Kilometer weiter, bis sie wieder einen Job gefunden haben. Wie gesagt: Wer gerne so leben möchte, bitteschön. Nun wird uns diese Einengung unseres Lebensraums allerdings zunehmend per Gesetz aufgezwungen. In Hamburg hat der grüne Politiker Michael Werner-Boelz in dem ihm unterstellten Nordbezirk seit einem Jahr den Neubau von Einfamilienhäusern untersagt. Einfamilienhäuser seien totale Umweltverbraucher. Und was in Hamburg Teil der Koalitionsverabredung der rotgrünen Regierung ist, könnte bald bundesweit Gesetz werden, so orakeln Presseorgane wie die *Welt* oder *Focus* schon jetzt. Und wir wissen: Was die Medien voraussagen, tritt fast immer auch ein.



Der antike Aktionskünstler Diogenes als Vorbild für alle? Lieber nicht. *Gemälde: Jean-Léon Gérôme*

Das passt jetzt nicht wirklich in eine durch Corona schwer belastete kollektive Stimmungslage. Mit den jetzigen psychischen Verstörungen noch weniger Privatheit, noch weniger Möglichkeit sich abzuschirmen. Der »grüne« Bezirkskönig Werner Boelz möchte nur noch Mietskasernen bauen lassen. Der Skandal ist darin zu sehen, dass hier nicht nachgedacht wird über den hemmungslosen Mietwucher und auch nicht über den schamlosen Flächenverbrauch, den die Globalkonzerne seit Jahrzehnten auf immer neue Rekordwerte schießen lassen. Die einfachen Leute sollen jetzt die Zeche zahlen für diesen Raubbau und mal eben zusammenrücken. Ob sich die Leute wohl menschlich näher kommen in den Tiny Houses, oder den Mietskasernen aus Beton, Blech und Plastik? Die Vereinsamung ist schon seit Jahrzehnten galoppierend.

Im Jahre 1991 lebten 34 Prozent der Bundesbürger in einem Singlehaushalt. Heute liegt der Anteil bereits bei 42 Prozent. In Berlin und Frankfurt werden 53 Prozent aller Haushalte von Einzelgängern bewohnt. Viele Leute möchten gerne raus aus der Einsamkeit des Single-Haushaltes. Dafür müssen neue Wohnmodelle der Gemeinsamkeit erprobt werden. Wir lassen uns allerdings von niemandem vorschreiben, zwangsweise in nicht mehr artgerechte Käfige umzuziehen.

RobinHood & Co.

Die letzten Stützen des Systems. | *Von Ernst Wolff*

Das globale Finanzsystem gleicht seit Jahren einem Drogensüchtigen, der auf der Intensivstation liegt und nur durch immer höhere Dosen eines Suchtmittels am Leben erhalten werden kann. Bei dem Suchtmittel handelt es sich um Zentralbankgeld, das seit dem Beinahe-Zusammenbruch von 2007/08 in riesigen Mengen aus dem Nichts erzeugt wird.

Dieses Geld wird aber nicht etwa gleichmäßig an die Bevölkerung verteilt, sondern fließt zum überwiegenden Teil in die Taschen der großen Finanz- und Digitalkonzerne, die es umgehend dazu benutzen, die Märkte zum eigenen Vorteil zu manipulieren. Die Folge ist eine ständig zunehmende Verschärfung der ohnehin hohen sozialen Ungleichheit.

Dieser Prozess ist im vergangenen Jahr auf Grund der *Lockdowns* extrem beschleunigt worden. Noch nie ist die Schere zwischen Arm und Reich weltweit in so kurzer Zeit so stark auseinandergegangen wie 2020. Für die Verantwortlichen hat das unangenehme Folgen, denn immer mehr Menschen sind nicht länger bereit, diese Entwicklung widerspruchslos hinzunehmen.

Aus diesem Grund suchen sowohl der digital-finanzielle Komplex als auch die Politik händeringend nach Möglichkeiten, die Finanzmärkte auch weiterhin zu befeuern, ohne das Geld in so offener Weise wie bisher an diejenigen zu vergeben, die ohnehin am meisten davon besitzen. Wie in der letzten Woche zu sehen war, haben sie in der jüngeren Vergangenheit Verbündete gefunden, die ihnen nicht nur helfen, künstlich erzeugtes Geld ins System einzuspeisen, sondern auch noch dazu beitragen, die höchst ungerechte Verteilung des Geldes zu verschleiern. Hierbei handelt es sich um Trading-Plattformen wie RobinHood, WallStreetBets oder Trade Republic.

Sie alle gaukeln ihren Usern vor, zugunsten des kleinen Mannes gegen das große Geld zu Felde zu ziehen und so für demokratischere Verhältnisse im Finanzsektor zu kämpfen. Tatsächlich aber ist das Gegenteil der Fall: Sie arbeiten hinter den Kulissen mit ihren vermeintlichen Gegnern zusammen, und zwar auf folgende Weise: Sie traden nicht selber, sondern vermitteln die Aufträge ihrer User gegen Bezahlung an Hedgefonds, die die Aufträge für sie erledigen und dabei an der Differenz von Ankauf- und Verkaufspreis verdienen. Aber nicht nur das: Da diese Hedgefonds gleichzeitig selber spekulieren, liefern RobinHood und Co. ihnen mit den Daten ihrer Plattform-User wichtige Hinweise auf ihre Konkurrenten, die für deren Strategie Gold wert sind.

Ein solches Konstrukt führt natürlich zu Interessenskonflikten. Als in der vorvergangenen Woche der Hedgefonds Melvin Capital im Zuge des Anstiegs der GameStop-Aktien in Not geriet, reagierten die RobinHood-Chefs, indem sie den Handel mit GameStop-Aktien aussetzten, um Melvin Capital zu schützen. Als sich Massen von RobinHood-Usern in den sozialen Netzwerken wegen dieser Praxis beschwerten, ließ RobinHood einhunderttausend negative Kommentare von Google löschen.

Das zeigte mehr als deutlich, auf wessen Seite RobinHood steht. Doch statt Kunden zu verlieren, kam es nicht nur bei RobinHood, sondern auch bei WallStreetBets und anderen Plattformen zu einer Welle von Neuanmeldungen. Der Grund dürften vor allem die von den Mainstream-Medien verbreiteten Berichte über einzelne User sein, die im Zuge des GameStop-Hypes das Glück hatten, rechtzeitig ein- und auszusteigen und so in kurzer Zeit hohe Gewinne erzielen konnten. Dass Tausende zum Teil riesige Verluste gemacht haben, wurde nicht erwähnt.

KEINE REVOLUTION SONDERN GESCHÄFTSMODELL

Diese Entwicklung freut vor allem die US-Politik, deren neuer oberster Repräsentant Joe Biden bereits reagiert hat: Da sich unter den App-Usern sehr viele vor allem junge Arbeitslose oder von den Pandemiemaßnahmen Betroffene befinden, die bereits in der Vergangenheit einen Großteil ihrer wöchentlichen 600-Dollar-Hilfszahlungen zur Spekulation per Handy eingesetzt haben, sollen diese Zahlungen auf Bidens Wunsch um 1400 Dollar angehoben werden.

Wenn der Hype um die Trading-Plattformen anhält – und dafür spricht vieles - wird auch der Löwenanteil dieses Geldes in die Finanzmärkte fließen und so weiterhin die ganz große Umverteilung befeuern – und das, indem man das Geld nicht an die Großen vergibt, sondern es flächendeckend an die Kleinen verteilt, weil man ja weiß, dass RobinHood, WallStreetBets und Co. bereitstehen, um die Zahlungen in die Finanzmärkte zu leiten, wo die Geier in Form von Hedgefonds bereits auf ihre Beute warten.

Unter dem Strich betrachtet, sind die Trading-Plattformen keinesfalls systemkritische und demokratische Erneuerer des Finanzsystems, sondern nichts anders als Parasiten, die der Finanzelite einen großen Dienst erweisen, indem sie mithelfen, ein System schreiender Ungerechtigkeit zu stützen – und das in einer Zeit, in der dessen historisches Ende bereits in Sicht ist.

Dieser Text ist eine Übernahme von der freien und unabhängigen Journalistenplattform kenfm.de, den wir mit freundlicher Genehmigung des Autors hier abdrucken.

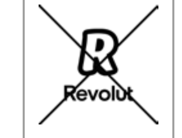
Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-fürv-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

*Diese **»Banken«** schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.*







»WER JETZT NICHT AUFSTEHT, HAT FREIHEIT NICHT VERDIENT!«

Ein Gespräch mit Ken Jebsen, Journalist und Betreiber des großen freien Presseportals KenFM.de

DW: Herr Jebsen, am Freitag, 22.01.2021, wurde bekannt, dass der *Google-YouTube*-Konzern Ihr großes Journalistenportal KenFM. de nun dauerhaft löschen möchte. Es war das erfolgreichste und meistgeklickte aller deutschen Medienbetriebe auf der Videoplattform. Wo machen Sie weiter?

Ken Jebsen: Bevor ich das beantworte, möchte ich zeigen, wie manipulativ inzwischen der Großteil der deutschen Mainstreampresse berichtet: Fakt ist, Mitte November hatte YouTube sich entschlossen, dem weitreichstenstärksten freien Presseportal, KenFM, dauerhaft die Veröffentlichung über YouTube zu entziehen. Als Begründung wurde angegeben, wir hätten zum dritten Mal gegen die sogenannten YouTube-Richtlinien verstoßen. Bis ein Kanal von YouTube rechtlich sauber, also legal, gesperrt werden darf, muss man sich zwei sogenannte »Strikes« einfangen, beispielsweise, weil man ein gewaltverherrlichendes Video hochgeladen hat. Manchmal reicht aber auch der Verstoss gegen geltendes Urheberecht oder ein Video das offensive Sexszenen zeigt.

Doch keines dieser Kriterien wurde je von einem KenFM Video erfüllt.
Richtig! Wir hatten uns zwei Verwarnungen eingefangen, nachdem wir beispielsweise einen Beitrag von kritischen Ärzten online gestellt hatten, die, allesamt Mediziner, über die Corona-Maßnahmen diskutierten. Eine Fachtagung zur Causa Corona sozusagen. Diese zu dokumentieren, also abzubilden, um die Meinungsvielfalt zu gewährleisten, ist das, was man freie Presse nennt. Freie Presse ist ein Grundrecht und wird in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert. Dafür in der Bundesrepublik unter Angela Merkel einen Strike zu erhalten, bedeutet konkret, dass ein US-amerikanischer Internet-Konzern wie Google, dem YouTube gehört, darüber bestimmt, was eine freie Redaktion in der BRD noch publizieren kann.

Ihre Schlussfolgerung?
Hier wird ein elementares Grundrecht, die Pressefreiheit, verletzt. Nach dem zweiten Strike – wieder hatte KenFM nur eine von einem Mediziner geäußerte Meinung zu Covid-19 publiziert –wurde KenFM zum zweitenmal verwarnt. Verwarnt zu werden, bedeutet bei YouTube konkret mehrere Tage nichts mehr veröffentlichen zu können. Der gesperrte Kunde kann dagegen Einspruch erheben. Dieser wird dann von YouTube geprüft. Wird dem Kunden nach der Prüfung Recht gegeben, was lange dauern kann, wird der Kanal wieder frei geschaltet. Was nicht passiert ist, dass YouTube ein Art Schadensersatz leistet. Der aber ist entstanden, denn ein Presseportal, das von täglicher Berichterstattung lebt, generiert in der Zeit der Sperrung keine Werbeeinnahmen und verliert zudem Abonnenten.

KenFM hatte vor der illegalen Löschung seines Channels durch YouTube über 500.000 Abonnenten, größer und beliebter, als die meisten *ARD*-Sender.


Montage: Chris Stein

Ken Jebsen wird einen Campus eröffnen. Der Ort ist noch geheim. Wird es am Watzmann sein?

Und um eben diese Total-Löschung von KenFM zu verhindern, nahmen wir noch vor der Sperrung durch YouTube den eigenen Kanal selber vom Netz. Konkret: wir stellten alle Beiträge von »öffentlich« auf »privat«. Es wurden weder neue Beiträge hochgeladen, noch schon geladene, aber noch nicht veröffentlichte, Beiträge freigeschaltet. KenFM war auf YouTube über Nacht nicht mehr zu sehen und das war unsere eigene redaktionelle Entscheidung.

Eine Löschung wäre für YouTube nicht mehr in Frage gekommen.
Was dann aber geschah, war nur noch absurd und muss als eine Form von Zensur angesehen werden: YouTube begann damit, journalistische Beiträge, zum Beispiel Interviews, ohne uns davon in Kenntnis zu setzen, zu löschen. YouTube fing also an, das Archiv von KenFM in orwell'scher Manier zu säubern und das alles, während wir komplett und für Wochen und aus freier Entscheidung »offline« waren. Das heißt, dass niemand unsere Videos anschauen konnte, sie waren ja vollständig auf »privat« geschaltet und damit nicht mehr öffentlich verfügbar.

Am 19. November 2020 teilte uns YouTube dann lapidar mit, sie hätten den Kanal KenFM endgültig plattgemacht, da wir nach dem zweiten »Strike« zum wiederholten Male gegen die Konzernauflagen verstoßen hätten. Worin der Verstoß genau bestand, haben wir nie erfahren, denn YouTube hätte uns erklären müssen wie man gegen YouTube-Auflagen verstossen kann, wenn man komplett »offline« ist. Wie kann man dafür belangt werden seinen Führerschein nicht am Mann zu haben, wenn man zu Fuss unterwegs ist?!

Was geschah dann?
Die Sperrung durch YouTube haben wir am 19. November 2020 selber auf KenFM publiziert und uns im Anschluss entschlossen gegen YouTube zu klagen. Interessant ist, dass der Mainstream unsere durch uns selber publiziert YouTube-Sperrung im November erst am 22. Januar 2021 publizierte – dafür aber überall.

Zufall oder synchronisiert?
Wie kommt es, dass weder *Spiegel, taz, DLF, N-TV, Tagesspiegel* und so weiter seit Mitte November nichts von der Sperrung mitbekommen haben wollen, während sie es aber alle kollektiv und spontan am 22. Januar 2021 gemerkt haben wollen?

Eine Verzögerung von drei Monaten.
Ich glaube, daran kann man erkennen, dass von unabhängiger Presse in der BRD nicht mehr die Rede sein kann. Kein Medium hat seit November mit uns über die Sperrung sprechen wollen und bis heute hatte niemand dieser sogenannten »Kollegen« das Bedürfnis mit uns, also den Opfern von YouTube, zu sprechen.

Wollen sie nicht, oder dürfen sie nicht?
Was stattfand, war Ende 2020 ein Interview mit der PR-Abteilung von YouTube-Deutschland im *Deutschlandfunk*. Dort rühmte sich der Konzern damit, KenFM die Einnahmen durch Werbung blockiert zu haben. Dabei geht es sowohl um die wirtschaftliche Vernichtung eines deutschen Presserzeugnisses als auch darum die Reichweite des Kanals um rund 80 Prozent zu reduzieren. YouTube-Kanäle, die keine Werbung zulassen, werden durch den YouTube-Algorithmus dem Rest der Community nicht mehr vorgeschlagen. Das alles ist eine Form von Betrug, denn der Deal mit YouTube ist simpel: Der User lädt seinen Inhalt auf den Server von YouTube und wird im Gegenzug an den Werbeeinnahmen beteiligt.

Der Konzern sollte doch ein eigenes Interesse haben, keine Kunden zu vergraulen?
YouTube macht vor allem mit der Auswertung der Daten der Kunden ein Milliardengeschäft, doch dieses Geschäft findet vor allem deshalb statt, da die User sich für die Videos auf YouTube interessieren, also den Inhalt anderer Leute, der von YouTube nur präsentiert wird. Im ganzen Satz: YouTube vermarktete auch weiter die Daten der KenFM-User, während die Redaktion KenFM von den erzielten Gewinnen ausgeschlossen wurde. Wie gesagt ein klassischer Fall von Betrug mit dem YouTube nur deshalb durchkommt, da es seine Monopolstellung ausnutzt. Kaum einer wagt es, sich mit der Datenkrake Google-YouTube anzulegen, oder noch treffender: Wenn die Regierung der BRD eine kritische Pressestimme zum Verstummen bringen will, lässt sie diesen Drecksjob YouTube erledigen. Wohlwissend, dass der User kaum eine Chance hat sich gegen dieses illegale Verhalten, gegen diese Zensur deutscher Presse, zu Wehr zu setzen. Nur ist eben der Urheber dieser Zensur unsere Regierung. YouTube führt gweissermaßen nur aus. Die Zensur unter Merkel wurde privatisiert. Willkommen in der DDR 2.0. Willkommen in Merkels Mafia-Medien-Maschine. Betroffen davon sind neben YouTube natürlich auch Facebook und Twitter.

In Deutschland kann man immer noch sagen, was man will, außer als Journalist, der die Regierung kritisiert.

Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es?
Wie erwähnt, klagt KenFM gegen YouTube. Wir machen uns keine Illusionen, noch haben wir vor, jemals wieder auf YouTube zurückzukehren. Wir wollen nur bezeugen, mit welchen Winkelzügen man bei YouTube freien Journalisten kommt, um sie mundtot zu machen und wir wollen Dokumente schaffen, die der Nachwelt später zeigen können, mit welcher Hinterhältigkeit es der Staat selber war, der diese Zensur vorantrieb. Angela Merkel hat mit Artikel 5 des Grundgesetzes nicht das geringste am Hut. Ihre Einstellung zur Meinungsfreiheit wurde in der DDR erlernt und das merkt man. Sie beherrscht Agitation und Propaganda aus dem FF und wird morgen auch eine Notstandsverordnung unterschreiben, deren Inhalt es ist, Journalisten, die ihr nicht in den Kram passen, hinter Gitter zu bringen, da sie schon übermorgen als Gefährder gelten.

Müssen die YouTube-Kanäle von *ARD* und *Bild* demnächst auch ihre Sperrung fürchten?
ARD, *ZDF*, *BILD* und Co müssen von YouTube nur etwas befürchten, wenn sie von der Regierungspropaganda abweichen. Das wird nicht passieren. Sie alle sitzen im selben Boot. Alle zwei Wochen empfängt Kaiserin Merkel die sogenannten Alphajournalisten im Kanzleramt, um mit ihnen zu »besprechen«, über was und vor allem wie über zukünftige Ereignisse gesprochen wird. Hier werden keine Ideen diskutiert, hier werden Befehle der Regierung an die Presstituierten des Landes ausgegeben. Wer morgen gegen diese Befehle verstößt, verliert übermorgen seinen Job.

Als Journalist und Aufklärer werden Sie mittlerweile in einem Atemzug mit dem weltweit verehrten Bürgerrechtsjournalisten Julian Assange genannt. Der ist schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt, weil er zuverlässige Informationen zum Irak-Krieg veröffentlichte. Wie geht es Ihnen und Ihrer Familie, wie leben Sie derzeit?
Julian Assange ist ein sehr mutiger Mann. Aber vor allem ist er ein australischer Journalist, der seit Jahren in Großbritannien unter abscheulichen Bedingungen festgehalten wird. Ich habe 2020 vor der amerikanischen Botschaft in Berlin eine Rede zu Assange gehalten und vor allem die Verlogenheit unserer Regierung und meiner Pressekollegen

Weiterlesen nächste Seite

KenFM hat sich von YouTube verabschiedet und publiziert vor allem über die eigene Homepage KenFM.de, über Telegramm, t.me/s/KenFM, und die eigene App, kenfm.de/kenfm-app/. (red)

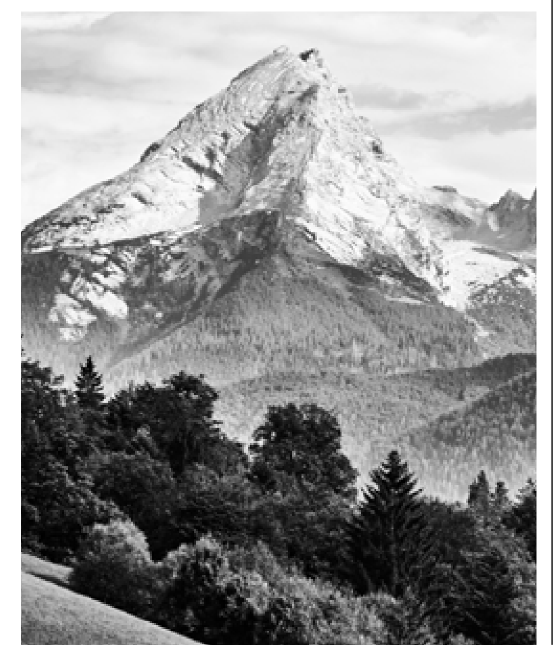
Fortsetzung von Seite 11

angeprangert. Diese Feigheit ist einfach nur widerwärtig. Wenn es um die Pressefreiheit in Russland, China oder dem Iran geht, sind unsere Gazetten voll davon, um darüber in Kenntnis zu setzen, wie gut wir es doch im Westen haben. Und unsere Regierung spielt sich auf, indem sie Regimekritikern aus diesen Ländern ihre Solidarität bekundet. Parallel dazu lässt man Assange in England verschimmeln oder aber geht mit Saudi-Arabien zur Tagesordnung zurück, obwohl das Land den Journalisten Jamal Ahmad Khashoggi in der Saudischen Botschaft in Istanbul ermorden ließ. Alles keine Themen mehr. Weder für unsere Regierung, noch die deutsche Mainstreampresse. Bis heute ist die Leiche Khashoggis nicht aufgetaucht.

Und nun zu Ihnen.
Mir geht es den Umständen entsprechend. Meiner Familie auch. Was uns als Redaktion tröstet, ist die Erkenntnis, dass man nur angegriffen wird, wenn man den Ball hat. Das Zitat, das George Orwell zugeschrieben wird, fasst es treffend zusammen: »Journalismus ist, etwas zu veröffentlichen, was andere nicht wollen, dass es veröffentlicht wird. Alles andere ist Propaganda.« 2021 wird die Luft noch dünner und der Wind gegen die letzen freien Journalisten wird sich zum Orkan entwickeln. Es geht dabei nicht darum, was aus KenFM wird. Es geht darum, wie sich die BRD inzwischen entwickelt hat, dass man nur noch hinter vorgehaltener Hand sagt, was man wirklich denkt. Nachdem die totale Zensur in der Presse über die Bühne sein wird, kommt es zur Abschaffung des Bargeldes bei gleichzeitiger Einführung einer staatlichen Digitalwährung, die man der Bevölkerung als Grundeinkommen unterschiebt.

Können sich 20 Millionen Menschen in der BRD, die schonmal von Hartz 4 leben mussten, darüber denn nicht freuen?
Wer dieses Grundeinkommen erhalten möchte, wer also über die einzige dann noch gültige Form von Geld verfügen möchte, muss gehorchen. Immer. Überall. Kritiker stellt man einfach kalt, indem man ihnen das Konto sperrt, wie YouTube KenFM gesperrt hat. Willkommen in der schönen neuen Welt des Klaus Schwab: »Sie werden nichts mehr besitzen, sondern nur noch leihen«. Von wem?, frage ich. »Sie werden keine Privatsphäre mehr haben.« Das Leben der Anderen! Und: »Sie werden glücklich sein!« – 1984! Wer jetzt nicht aufsteht, hat Freiheit nicht verdient.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



JUGEND UND LIEBE IN ZEI

Küssen erlaubt! Am kommenden Sonntag, dem Valentinstag 2021, findet in Hannover auf d Gewerkschaft (DG) statt. Erwartet werden ab 14 Uhr mindestens 5.000 Freunde der Demokra sich gegen Grundgesetzleugner, Corona-Faschismus und die konzerngelenkte *Fake*-Antifa wen

»An dem Tag, an dem ich sah, dass es keine Zufälle gibt, war die Jugend vorüber; wo das Träumen aufhört, fängt das Trauma an.«

Das Zitat geht auf Ralf Rothmann zurück, einen Schriftsteller, der seine Jugend zum Thema zahlreicher Romane gemacht hat. Wie werden später einmal die Erinnerungen heutiger Jugendlicher aussehen, Erinnerungen an erste Liebe und »frühes Leid«? Man mag es sich kaum ausdenken.

Werden nicht gerade die magischen »Zufälle« und Träume, die für junge Menschen ja Freiheit, Lebensintensität und Liebesfähigkeit bedeuten, auf dem Altar der Coronaverordnungen und Maskeraden geopfert? Der Status quo heute mit all der alarmistischen Dauervolldröhnung bietet für sie beklemmende Perspektiven.

Der *Lockdown* hinterlässt eine Schleimspur als Furie des Verschwindens. Vieles gibt es ja inzwischen nicht mehr. Wer erfährt im Park, in der Unterführung oder der Straßenbahn noch dieses ansteckende (!) *Amor Fati*, diese Lust am Leben – der wichtigste Beitrag von Jugendlichen für die Gesellschaft?

Wo eine Maske nur starre Augenpaare sichtbar macht, wird jede empathische Regung eine Geste der Überanstrengung, in der sich kaum der Funke eines Verliebtseins entzünden kann. Funktionieren da noch das Abhängen und Chillen als Formen jugendlicher Gelassenheit, in denen womöglich das Begehren wächst? Wie gestaltet sich gegenwärtig eine Topografie der Liebe – wo nur und wie?

Ist das schon Realität: Küssen in verstohlenen Hausecken wie vor sechzig Jahren in einem verklemmten Nachkriegsdeutschland? Oder ein Verbot von *Dancing in the Street* und *Singin' in the Rain*? Oder ein *Home Sweet Home*, das inzwischen Isolation und Verzicht auf körperliche Nähe verlangt, weil besorgte Eltern den Freund der Tochter misstrauisch beäugen? Er könnte ja…

Während der öffentliche Raum zum Exerzierplatz von Gereiztheit und Meldepflicht schrumpft, wird die Privatsphäre zugestellt mit Daten und Informationen, hinter denen der giftige Atem der Corona-Dauerbeschwörer spürbar wird, die ähnlich wie Viren in die einstmals anarchistisch entfesselten, nun aber vergitterten sozialen (!) Netze eindringen.

Auch da gilt: Wo die Poesie des Lebens in das Räderwerk des *Social-Distancing-Lockdowns* gerät, da erfriert jede Liebe. Auch die zwischen Generationen. Man sollte einmal darüber nachdenken, was mit uns allen, aber besonders mit der Jugend, heute eigentlich geschieht. Sie sind Opfer von Verboten.



In zynischer Weise appelliert man an sie als Menschen, die ihren Beitrag zur Solidarität mit den Alten zu leisten haben. Als ob die sich entfalten könnte, wenn der Dax nach oben explodiert. Natürlich sind sie nicht so dumm, um nicht zu sehen, dass sie von der Krankheit weitestgehend verschont bleiben – aber dieser Entwarnung begegnet die Meinungskohorte mit dem Etikett »Spreader« und liefert dazu Phantasmen von überfüllten Partyräumen, in denen das Virus seine Vermehrung und Mutation betreibt.

Eine der dümmsten Lebensweisheiten lautete seit jeher: Erst wenn man älter ist, versteht man das Leben. Die Lüge daran: Diese Art des Verstehens ist oft gespeist aus Verbitterung und Ressentiment. Hinzuweisen ist eher auf dies:

Mit zwanzig hat man/frau das Leben besser verstanden denn als Fünfzigjähriger, der mitten im Leben steht. Nur vollzog sich dieses Verstehen damals als Ahnung, die sich mit Sinnlichkeit und Träumerei verband – und nicht mit einem

Kinder der Revolution

Ein Kommentar von Steve Schramm – für Mathilda

Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2019 lernten 40 Prozent der Menschen ihre Partner über gemeinsame Freunde kennen. Auf Platz zwei landete die Arbeitsstelle mit 15 Prozent, knapp gefolgt von Bars und öffentlichen Einrichtungen.

Online lernten sich acht Prozent kennen. Heute? Ein geselliges Zusammensein mit Freunden, eine Grillparty, Geburtstagsfeiern – alles verboten. Ein Treffen in der Öffentlichkeit ist zu riskant. Eine Wohnzimmerparty ist auch schwierig. Denn wer Denunzianten als Nachbarn hat, bekommt eine Truppe Bewaffneter als Überraschungsgäste. Das kann mit einem kuscheligen ersten Date im Gefangenentransporter enden. Samt anschließendem Erinnerungsfoto in der Gefangenensammelstelle. Selbst Verabredungen über Online-Plattformen gestalten sich schwierig: Busfahren mit Maske oder ein erstes Händeschütteln mit Desinfektionsmittel ersticken jede Romantik im Keim. Selbst die Jungendliebe auf dem Schul-

TEN VON CORONA

em Schützenplatz das Love Festival der neuen Demokratischen tiebewegung, Gewerkschafter, Studierende und Jugendliche, die den (»Antifa-SA-SS«). | EIN ESSAY *von Werner Köhne*

übergriffigen »Ich habe meine Lektion gelernt«.

»Wen die Götter lieben, den lassen sie jung sterben«, so lautet eine antike Weisheit. Dionysos galt als Gott des Tanzes, des Weines, des Lebens und der Liebe. Die großen Lovestorys scheinen den Zusammenhang zwischen Glück und frühem Tod zu bestätigen. Sie endeten meist tragisch infolge von Missverständnissen: Romeo und Julia, Hamlet und Ophelia. Nicht die Liebe scheitert indes darin, sondern ein starres Konzept von Leben, das sie unmöglich macht. Zuletzt noch eine andere Liebesgeschichte: *Die Liebe in Zeiten der Cholera* von Gabriel García Márquez. Bemerkenswert, dass der Erzähler hier eine Jugendliebe in die Zeit einer Epidemie verlegt, aber mit dem Wort »Cholera« im Spanischen auch eine leidenschaftliche Liebe verbindet, die hier einmal nicht in Vergeblichkeit endet: Die lange getrennten Liebenden treffen sich in hohem Alter nochmal – in zarter Gelassenheit.

Ähnliches rät John Lennon: »Let it be«. Jugendliche könnten daraus ein »Let us be« herauslesen und eine Orientierungshilfe: Lasst euch nicht reinreden in die Liebesdramaturgie eures Lebens! Geht dahin, wo der Geist der Freiheit weht! Das ist in Coronazeiten die Straße, das einzig verbliebene Forum für Demokratie.

Fechtet eure Kämpfe um das gelingende Leben aus! Inzwischen wohl ein Balanceakt zwischen der Lust an der Performance, dem Wunsch nach Authentizität und der Suche nach Glaubwürdigkeit. Vor allem: Lasst euch nicht in Rollen drängen, die euch zu Steigbügelhaltern der Macht machen – als ermüdete Jünger der Merkel-GmbH, als Antifa oder Yuppies, die ihre Maske tragen wie ein Logo.

Liebe – das ist in Zeiten von Corona für alle ein bedrohtes Biotop. Ihr Liebenden: Bewässert es mit eurer Unberechenbarkeit, eurem Sinn für Zufälle und Träume!

Dr. phil. Werner Köhne, Jahrgang 1949, ist Dokumentarfilmer, Radiofeaturist, Journalist, Buchautor des Werkes »Minima Mortalia« und Kolumnist dieser Zeitung.

Dank Lebenslust und Offenheit knistert es bei den Demonstrationen. *Collage: Ute Feuerstacke*

hof fällt weg. Vom Kirchenchor bis zum KitCatClub ist alles geschlossen. Selbst Museen und Ausstellungen verweigern sich den Gleichgesinnten.

Doch es gibt Hoffnung: das altbewährte Demo-Dating. Ein Trend mit Tradition, um normale Menschen kennenzulernen. Für jeden ist etwas dabei. Wer gerne tanzt, zieht mit der Freedom Parade. Wer Festivalatmosphäre sucht, findet sich auf den Großdemos. Selbst für Fetischliebhaber und Freunde von Fesselspielen finden sich Uniformierte, die engen Körperkontakt anbieten. Viele Liebespaare haben sich im Sommer 2020 kennengelernt. Sie knutschten das erste Mal im Berliner Tiergarten, wachten gemeinsam im Protestcamp vor dem Reichstag auf und schwebten Hand in Hand über den Leipziger Ring. Und auch die Kinder der Revolution sind bereits unterwegs. Die Liebe lässt sich nicht aufhalten, die Liebe wird gewinnen.

SO WEIT WEG

BERICHT *von Ben Emanuel Kimroht*

Ich bin seit dem 13. Januar 2020 Vater eines Sohnes, der in Java, der Hauptinsel Indonesiens, zur Welt gekommen ist. Halb Deutsch, halb Indonesisch. Es war eine schwere Geburt, die nach 33 Stunden darin gipfelte, die Mutter zusammengekrümmt auf einer Liege zum OP zu schieben. Es lief dann doch alles gut und ich bekam von den Krankenschwestern ein kleines Bündel in die Hand gedrückt, das ich dann, auch auf Nachfrage der Schwestern, nicht aus der Hand gab.

Ich begleitete meinen Sohn und die Mutter nach der Geburt noch ein paar Tage, bis ich nach Deutschland zurückkehren musste, mit dem Gedanken spätestens Ende März wieder da zu sein, um das unverhoffte Familienleben zu intensivieren. Aber Ende März war *Lockdown* angesagt und auch die indonesische Regierung machte das Land komplett zu. Wir hatten verpasst, vor der Geburt muslimisch zu heiraten. Es gab keine Möglichkeit einzureisen, außer für Geschäftsleute. So verging der Sommer, ich unterstütze die Mutter monatlich, aber die Videotelefonie ist mit der Zeit immer weniger geworden. Nicht, weil ich mich nicht um sie kümmere, aber mir kommt es seltsam vor, meinen Sohn durch einen Fernseher heranwachsen zu sehen. Im Dezember machte ich nochmals einen Versuch, ein Visum bei der indonesischen Botschaft zu bekommen.

Plötzlich war es möglich, dass ich ein Visum bekommen könnte. Online, alles ganz ohne Papiere. Korruption kann auch manchmal ein Vorteil sein. Aber schon eine Woche später war der kleine Traum zerplatzt. Weil die Bundesregierung das Land in den *Lockdown* geschickt hatte, machte auch Indonesien sein Land wieder dicht für den Reiseverkehr. Am 13. Januar 2021 sah ich dann meinen Sohn vom Handy aus bei seinem ersten Geburtstag. Er machte einen glücklichen Eindruck. Ein Jahr war auch die Frist, die Geburtspapiere fertigzumachen. Ich bin abgestumpft in diesen Zeiten und mein Sohn ist zu etwas Ungreifbarem, einem distanziertem Objekt geworden, wie vieles im *Lockdown.*

Ich schreibe diesen Bericht unter Pseudonym, weil es sein kann, dass ich die Botschaft wegen eines Visums noch bestechen muss. Jegliche Publicity ist in solchen Fällen negativ, das versteht sich von selbst.

#BesondereHelden

Eine Replik auf die Kampagne der Bundesregierung. Von Anke Behrend

Damals 20/21 hatten wir alle ziemlich Schiss vor dieser unsichtbaren Bedrohung. Ein Virus, eine heimtückische Krankheit, hatten sie gesagt. Es kann jeden treffen, hochansteckend, hatten sie gesagt.

Jeden Tag Zahlen, Zahlen, mehr Kranke, mehr Tote. Gut, dass die Regierung scharfe Maßnahmen ergriffen hatte. So konnten wir es vielleicht in den Griff bekommen, überleben. Wir alle zusammen, hieß es. Mein Abi würde ich vergessen können, aber was war das schon gegen zigtausende Leben? Seit Monaten nur Home Schooling. Meine Freundin Lena hatte sich seit Tagen nicht gemeldet. Ihre Eltern hatten dieses gemütliche kleine Lokal, wo wir letzten Sommer so oft draußen gesessen hatten. Das war seit der zweiten Welle schon wieder seit Wochen geschlossen. Wovon sie wohl lebten? Ich fragte nicht.

DAS WAR DER MOMENT

Lenas Vater ist tot, erfuhr ich. Ich schrieb ihr, ob sie vorbeikommen wolle zum Reden. Ein Haushalt zu Besuch, das war ja erlaubt. Da stand sie dann vor der Tür verheult ohne Maske. Ich ließ sie trotzdem rein. Ausnahmsweise! Umarmen ging ja nicht und ohne Maske schon gar nicht. Ich sprach ihr mein Beileid aus. Aber sie müsse jetzt, gerade jetzt sehr vorsichtig sein. Diese Krankheit ist hoch gefährlich! Und es stimmt einfach nicht, dass sie nur die Alten trifft. »Es tut mir so Leid, Lena. Diese schlimme Krankheit... und jetzt sogar dein Papa!« Lena weinte. Ihre Eltern hätten Schulden, sagte sie, die Hilfen würden nicht kommen, es habe nur noch Streit gegeben und Alkohol. Die Mutter half inzwischen im Supermarkt aus. Lena in einem anderen. Der Vater hatte seit dem zweiten Lockdown nur noch zu Hause gesessen, nicht mehr gesprochen und Fernsehen geschaut. Die Mutter weinte oft. Vor einer Woche Sonntag war ihr Papa weggefahren. Er kam nicht wieder. Wir weinten beide. Ich nahm sie jetzt doch in den Arm. Ihr Vater hatte kein Corona gehabt: »Dann kannst du wenigstens niemanden anstecken, Lena ...« Sie stieß mich weg und schrie: »Sag mal spinnst du? Schau dir die Zahlen an! Es gab keine Übersterblichkeit 2020! Und trotzdem werden Menschen wie wir mit dem Lockdown in die Verzweiflung getrieben! Mann, PAPA ist tot! Verstehst du? Der ist TOT!« Sie rannte hinaus und ich war wütend. Sicher, das war schlimm mit ihrem Vater. Aber wir haben mit den Maßnahmen Hunderttausende gerettet. Das ist doch auch eine Wahrheit, oder etwa nicht?

Einige Tage darauf flatterte eine Statistik in meinen Messengerdienst. Keine Übersterblichkeit in Deutschland und ein Kommentar, dass die Maßnahmen große Schäden anrichten. Was für ein Unsinn, dachte ich, wir haben alles richtig gemacht. Die Mühen haben sich gelohnt, jetzt noch ein paar Monate durchhalten und wir haben es geschafft. Das würde sich am Beispiel Schweden leicht belegen lassen. Dort hatte es ganz sicher eine Übersterblichkeit geben. Ich googelte... Zu meinem Erstaunen gab es die nicht. Denn wenn man die Zahl der Verstorbenen auf die Altersgruppen bezog, was mir plausibel erschien, hatte auch Schweden keine Übersterblichkeit.

Das war der Moment, an dem ich zu zweifeln begann. An den Maßnahmen, den Medien und an der Politik. Ich begann mich zu informieren. Erinnerte mich an all die Widersprüche, die ich nur nicht zu hinterfragen gewagt hatte und vor mir selbst rechtfertigte mit der Pandemie. Jetzt konnte und musste ich sie zulassen. Es gab so viel zu lesen und nachzuholen. Ich begann mich zu engagieren. Wir wurden immer mehr. Heute, viele Jahre später weiß ich, dass ich zu lange geschlafen habe. Und ich bin den vielen Menschen dankbar, die vor mir aufgestanden sind. Am Ende haben wir alle diesen Kampf gewonnen.

Das Schamanenkostüm vom Washingtoner Kapitol in Moskau. Foto: Ilia Ryvkin

Hörner aufgesetzt

Die Regierungen inszenieren ihre eigene Gefährdung, um dann losschlagen zu können.
Von Leoka Lorenz

Dass es sich beim »Sturm auf Kapitol« um die eigenen Leute von D. J. Trump gehandelt haben soll, ist ein Gerücht, dass die »Democracy Corporation« weltweit zementiert. An dieses Gerücht schloss sich das zweite Impeachment Verfahren gegen Trump, das ohne den »Sturm« ohne jede Argumentationsgrundlage gewesen wäre. Auf Gerücht folgt Gesetz. Oder anders herum: Auf eine Inszenierung mit Staffage und Statisten aus den eigenen Ressorts folgt ein Casus Belli, ein Kriegsgrund, eine Kriegserklärung. Das war am Reichstag 1933 so, das war mit dem Überfall des Senders Gleiwitz so. Das war mit 9/11 so, mit MH17.

GEMACHTE KRIEGSGRÜNDE

Mit dem »Sturm auf den Reichstag«, dem »Sturm auf das Kapitol« geht die Demokratie zu einer neuen Form über: Sie greift sich sozusagen selbst an, in einem autoimmunen Akt, um dann behaupten zu können, sie wurde angegriffen. Das kann man als nächste Stufe der präemtiven Selbstverteidigung sehen. In einer solchen wird jeweils erklärt, man musste angreifen, weil der Angegriffene einen ansonsten überwältigt hätte. Nun aber greift man sich selber an, um einen stattgefundenen Angriff vorzutäuschen und damit ein *Casus Belli* unmittelbar in der globalen Medienarena verkündet werden kann.

Alexej Nalwalnyj, der aufgebaute *Hardliner*, trägt inzwischen mehrere Kriegsgründe gegen Russland im Gepäck. Angesteckt vom Entkopplungsfieber in Weißrussland stehen nun auch in Moskau Tausende auf der Straße und fordern das Ende des Diktators, der dem Oppositionellen Nawalnyj derart übel zusetzte. Mit von der Partie der Satanist vom Kapitol aus Washington D.C. Mittlerweile findet anscheinend ein Sturm-Tourismus statt.

Wer ist Alexej Nawalnyj?

Wie das US-Außenministerium, die CIA und NGOs unter dem Vorwand der »Korruptionsbekämpfung im Ausland« Akteure aufbauen, um die russische Regierung zu stürzen. | *Von S. Jackinson*

Die politische Karriere von Alexei Nawalnyj begann vor über 10 Jahren. Der damals wenig bekannten Co-Vorsitzende der nationalistischen Bewegung »NAROD« Alexei Nawalnyj sollte auf Empfehlung vom dem in Moskau akkreditierten diplomatischen Korps der westlichen Staaten Protektion erhalten. Zu Nawalnyjs engeren Kontakten zählte damals auch Natalia Budaeva (Arno), die das russische Büro John McCains »International Republican Institute« (IRI) leitete und gleichzeitig die direkt vom US-Außenministerium finanzierte »Free Russia Foundation«.

Unter der Schirmherrschaft der Chefredakteurin der Zeitschrift *New Times*, Evgenia Albats und des Vorstandsvorsitzenden der amerikanischen NGO »Human Rights Defense Fund« Garry Kasparov, wurde der frischgebackene »Revolutionär« Nawalnyj an der Yale University eingeschrieben und absolvierte danach ein Praktikum im Rahmen des Entwicklungsprogramms für politische Leader »Yale World Fellows". Ziel dieses Programms war die Ausbildung regierungsfeindlicher Aktivisten für verschiedene Länder, damit sie in die Proteststimmungen in ihren Heimatländern dafür ausnutzen, um »gewaltfreie Widerstandsaktionen« im Interesse der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zu organisieren. Alle Kosten für Ausbildung, Unterkunft u.s.w. wurden vom US-Außenministerium übernommen. Dazu erhielten die Kursteilnehmer ein Stipendium in der Höhe von 32.000 Dollar.

Unter den Stipendiaten des zuvor genannten Programms waren zur gleichen Zeit der aus Tunesien stammende Fares Mabruk, der später am Sturz des legitimen Präsidenten Ben Ali in seinem Land beteiligt war, und Svyatoslav Vakarchuk aus der Ukraine, der später eine aktive Rolle am Kiewer Maidan übernahm und zum engsten »Vertrauenskreis« der Putschisten-Anführer gehörte.

Während des Studiums lernte also Nawalnyj die Technologien der »Farbrevolutionen« kennen und gründete später in Russland regierungsfeindliche Bewegungen sowie die NGO »Stiftung zur Korruptionsbekämpfung« (FBK). Als Koordinator provozierte er Unruhen nach der J.-Sharps-Methode: Er beteiligte junge Menschen an *Flashmobs* und »Spaziergängen«, nutzte *Online-Messenger* und soziale Netzwerke, um Konflikte zu provozieren und zu koordinieren. Seine Stiftung FBK positionierte sich als »die einzige gemeinnützige Organisation in Russland, die Korruptionsdelikte in den höchsten Behörden untersucht und aufdeckt«. Die Finanzierung der Aktivität war und bleibt vor der Öffentlichkeit verborgen und verläuft über zwielichtige »Fundraising«, »Crowdfunding«, Geldtransfers von Kryptowährungen. FBK zog es vor, die Kontakte seines Managements mit ausländischen Sponsoren, die hauptsächlich von Nawalnyj während seiner Reisen in die USA geknüpft wurden, nicht offen zu legen. Die Stiftung betreibt offen subversive und verfassungswidrige Aktivitäten wozu unter anderem die öffentliche Diskreditierung einzelner Personen zählt, wie auch die Leugnung der Legitimität russischer Wahlen auf verschiedenen Ebenen. Zudem ist Beschaffung von Material zur Ausführung von Operationen illegal und ohne geheimdienstliche Hilfe nicht zu bekommen: es wurden Rechnungsinformationen gesammelt, Daten über Bewegungen auf Bankkonten, Offshore-Unternehmen, ausländisches Eigentum und personenbezogene Daten.

Alexei Nawalnyj und seine Familienmitglieder haben amerikanische Visa der Kategorie »G-1«, die »an einen Vertreter einer nicht anerkannten Regierung oder eines nicht anerkannten Staates ausgestellt werden, der nicht Mitglied einer internationalen Organisation ist«. Darüber hinaus absolviert seine Tochter Daria derzeit ein kostenloses Studium an der renommierten Stanford University, die sie dank der Schirmherrschaft derzeitiger Förderer ihres Vaters aufgenommen hat. Das alles deutet auf eine Verwendung Nawalnyjs seitens amerikanischer Geheimdienste als ihren Einflussagenten in Russland.

Darüber sprach eindeutig Scott Bennett, ein ehemaliger Angestellter des amerikanischen Geheimdienstes: »Der Oppositionspolitiker Alexei Nawalnyj kann CIA-Befehle ausführen.« Ihm zufolge sind Einflussagenten wie Nawalnyj hervorragend geeignet, die Situation in ihrem Land zu destabilisieren. Er betonte, dass es in der amerikanischen Regierung Kräfte gibt, die es auf einen Konflikt mit der Russischen Föderation abzielen. In den letzten Jahren hat sich Nawalnyj diesbezüglich mit der ehemaligen britischen Außenministerin Emma Reynolds, dem ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Guy Verkhovstadt, dem ehemaligen stellvertretenden Leiter des deutschen Geheimdienstes Rüdiger von Fritsch-Seerhausen, dem schwedischen Außenminister Carl Bildt, mit Francis Fukuyama und anderen getroffen.

Während des letzten Präsidentschaftswahlkampfs in Russland nutzten europäische und vor allem amerikanische politische Strategen aktiv die Ressourcen von Nawalnyj. Es wurde versucht, das russische Wahl- und Justizsystem zu manipulieren um den Kreml die Registrierung von Nawalnyj als Kandidat für das Amt des Staatsoberhauptes aufzuzwingen. Der Sprecher des US-Außenministeriums, Clay Noel, übte daraufhin politischen Druck auf die russische Regierung aus und erklärte dann öffentlich das Russland Menschenrechte verletze und die Grundfreiheiten verwirke. Auch dem engsten Kreis von Nawalnyj wurden verschiedene Privilegien gewährt. Der Hauptideologe von Alexej Nawalnyj war Leonid Volkov. Auch er absolvierte ein Praktikum im Rahmen des Entwicklungsprogramms für politische Leader »Yale World Fellows«. Verschiedenen Funktionäre der »Nationalen Stiftung für Demokratie« (NED) und des »Nationalen Demokratischen Instituts für Internationale Angelegenheiten« (NDI) bildeten ihn zum Thema »Unterstützung von Kontakten« auf. Volkov führt also die Koordination aller finanziellen Aktivitäten des FBK durch und koordiniert die Interaktion mit Vertretern der politischen und geschäftlichen Kreise der Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern. Darüber hinaus ist er der Hauptideologe der politischen Aktivitäten des Fonds und kommuniziert mit europäischen und amerikanischen politischen Strategen.

Am 20. August 2020 wurde Nawalnyj auf dem Flug von Tomsk nach Moskau in einem Notfallstop in Omsk abgesetzt und in eine Notaufnahme eingeliefert. Während des Fluges erlitt der »Kreml-Kritiker« wie es in den Medien heißt einen Anfall von Übelkeit. Die Szene wurde gefilmt und anschließend auf allen internationalen Medienkanälen verbreitet. Gegenwärtig versuchen Amerikaner, die Situation mit der angeblichen »Vergiftung« des Oppositionellen durch die russischen Geheimdienste für einen internationalen Druck auf Russland zu nutzen. Diese Vergiftungsversion ist absurd und stößt sowohl in Russland als auch in Europa auf berechtigte Kritik. Sie erinnert an den Fall Skripal in Salisbury, Großbritannien. Der Verdacht, dass bei Nawalnyj ebenfalls eine Anwendung von Novichok stattfand, ist nicht haltbar, da sich der Fall Nawalnyj auf eine völlig andere Art und Weise entwickelte.

Deutschen Behörden behaupten grundlos, der »Kreml-Kritiker« sei angeblich mit einem binären Gift der Novichok-Gruppe vergiftet worden. Die Bundesregierung berichtete auch, dass diese Ergebnisse von Laboratorien in Schweden und Frankreich bestätigt wurden. Moskau hat mehrere Rechtshilfegesuche an Deutschland gerichtet, darunter eine Bitte um detailliertere Informationen zu den Ergebnissen von Analysen eines Berliner Labors. Darauf gab es keine Antwort. Gleichzeitig ist bekannt, dass der deutsche Geheimdienst BND seit den 1990er Jahren Zugang zu Novichok hatte. Das Gift wurde von etwa 20 westlichen Staaten untersucht, während Russland 1992 die Entwicklung auf dem Gebiet der chemischen Waffen einstellte und 2017 den gesamten verfügbaren Bestand solcher Substanzen vernichtete, was von der OPCW offiziell bestätigt wurde. Und jetzt behauptet dieselbe Organisation, Nawalnyj sei durch einen »Novichok« russischer Herkunft vergiftet worden. Dies wirft die Frage auf: Wann hat die OPCW gelogen, damals oder heute?

Der Autor schreibt unter Pseudonym und ist der Redaktion bekannt. Er ist Offizier in der Volksarmee Donezk.

VIVA MÉXICO?

Deutschland und Europa sind am Ende. Die Länder werden planvoll in den Abgrund regiert. Als Vorwand dient Covid-19. Viele sehen daher in ihren Heimatländern für sich und die eigenem Kinder keine Perspektive mehr. Mexiko bietet den Verzweifelten eine neue Zukunft und Hoffnung auf einen Neuanfang. | BERICHT einer deutschen Ausgewanderten.

Der Lufthansa-Flieger von Frankfurt nach Cancun war rappelvoll, bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Flugtickets waren entsprechend teuer. Inzwischen gibt es im Februar 2021 Economy Plätze in Richtung Mexiko nur noch zu Preisen, zu denen man im vergangenen Jahr 2020 noch Business fliegen konnte. Im Flugzeug überdurchschnittlich viele Familien mit kleinen Kindern, aber auch junge Menschen, Studenten, die zur Zeit in der EU nicht studieren können und die das Online-Studium lieber am Traumstrand unter Palmen absolvieren. Jede Krise hat Verlierer und Gewinner. Mexiko, ein Land, in das man praktisch ohne Einschränkungen einreisen kann, gehört eindeutig zu den Gewinnern.

Vor allem der Tourismus boomt, von rückläufigen Buchungen keine Spur, so berichten die Tourismusbehörden im Land. Benjamin Jiménez Hernández, Executive Director of Strategic Planning of the Council for the Promotion of Tourism in Quintana Roo (Consejo de Promoción Turística de Quintana Roo CPTQ, CPTQ) erklärte, dass er in Februar und März 1.700.000 Touristen erwartet, einzig für die Riviera Maya und die Flüge seien zu 79 Prozent ausgelastet. Auch die meisten Hotels sind gut gebucht und private Wohnungen und Häuser meist über Monate ausgebucht. Das gilt für viele Regionen im Land, für Puerto Vallarta am Pazifik, für Mexiko City aber auch für die Riviera Maya. Es sind auffällig viele Europäer im Land, aber auch Amerikaner, Australier und Bürger aus Israel. Eine bunte Gesellschaft internationaler Bürger, die eines gemeinsam haben: Sie sind vor den *Lockdowns* geflüchtet.

Ich habe Familien aus Köln getroffen, die mit ihren Kindern nur wenige Monate bleiben wollten und von hier aus dann tatsächlich alles in Köln abgebrochen haben und in Mexiko bleiben möchten. Freunde und Verwandte verkaufen gerade in Köln den Hausrat und sie haben eine permanente Bleibe an der Pazifikküste gefunden. »Wir möchten, dass unsere Kinder in Freiheit mit Liebe und Freude aufwachsen. Hier haben die Menschen weniger Geld, aber sie tanzen auf der Straße, sie strahlen Lebensfreude aus und es werden nur in sehr wenigen Bereichen Masken getragen, alles ist geöffnet, Restaurants und Geschäfte und wenn wir traurig sind, dann gehen wir an den Strand. Die Gemeinsamkeit, die wir in Deutschland in letzter Zeit so vermisst haben, ist hier noch vorhanden. Man hilft sich gegenseitig, man umarmt und küsst sich, wir tanzen Salsa und Merengue auf der Straße und dann macht ein Nachbar Tacos, die essen wir, während wir am Straßenrand sitzen und die Hühner und Hunde laufen um uns herum. Von Corona merken wir hier gar nichts.«

Ich erzähle einem Mitarbeiter einer Behörde, dass in westlichen Medien über Corona-Kranke berichtet wird, die in überfüllten Krankenhäusern in den Gängen liegen müssen. Er schüttelt den Kopf und lacht: »Und wo bitte soll das sein? Schauen Sie sich doch unsere Krankenhäuser an, wo bitte sind sie überfüllt?« Tatsächlich habe ich in einem Krankenhaus nachgefragt, es war leer, sehr sauber und ordentlich und ein Pförtner teilte mir mit, dass das Krankenhaus nur für schwere Fälle da sei und die gäbe es kaum, zumindest jetzt nicht. Auch an der Riviera Maya ist die Situation sehr entspannt und schön.

Volle Restaurants, in denen man unbedingt reservieren muss, Konzerte, jeden Abend Livemusik in den Touristenorten Cancun und Playa del Carmen. »Es war noch nie so voll«, freut sich ein Restaurantinhaber, »das ist mein bestes Jahr.« Am Strand treffe ich eine deutsche Familie mit zwei Kindern. »Wir sind seit drei Monaten hier und wir werden wohl auch noch länger bleiben. Gerade versuchen wir hier Arbeit zu organisieren. Meine Frau kann hervorragend kochen, vielleicht bekommt sie einen Job in einem Restaurant. Sicher müssen wir uns hier finanziell einschränken, aber schauen sie sich um, hier sind wir frei, die Kinder toben am Strand, spielen mit anderen Kindern in der Natur, dafür machen wir das alles. Deutschland ist am Ende, dort gibt es für uns keine Perspektive mehr und es wird nicht besser werden. Dann gibt es auch noch die normalen Urlauber, die zwei, drei Wochen bleiben, darunter auch viele Mitarbeiter von Behörden, auch aus Deutschland und auch Prominente, Künstler und Menschen mit Geld die in den Luxushotels absteigen.«

In vielen Orten der Riviera Maya wird gebaut als gäbe es keinerlei Krise, Wohnungen ohne Ende werden in kurzer Zeit aus dem Boden gestampft, vor allem in Playa del Carmen und in Tulum. Abends auf den Straßen hört man vor allem Deutsch, Französisch, aber auch Niederländisch und sehr viel Italienisch und Spanisch. Es scheint fast so, als würde Europa gerade auswandern. »Wir sind Corona-Flüchtlinge aus Europa.«, so wird gewitzelt, doch gleichzeitig gibt es auch viele ernste Gespräche. Wie kann es sein, dass in Europa ein totaler *Lockdown* herrscht und man hier davon kaum etwas merkt? Irgendetwas stimmt nicht, da sind sich viele einig. Einig ist man sich auch darin, dass die derzeitige Situation in der EU ganz Europa sehr schadet, vor allem ist das Vertrauen weg.

Deutschland galt einmal als Vorzeigeland und jetzt sind sogar die Mexikaner davon überzeugt, dass man dort lieber gar nicht hin sollte. Es steigert auch das eigene Selbstbewusstsein. *Viva México*, das schönste Land auf Erden, da wo die Flüchtlinge aus der EU offensichtlich alle hinwollen und dafür bereit sind auf vieles zu verzichten, einzig und alleine dafür, dass sie wieder leben dürfen.

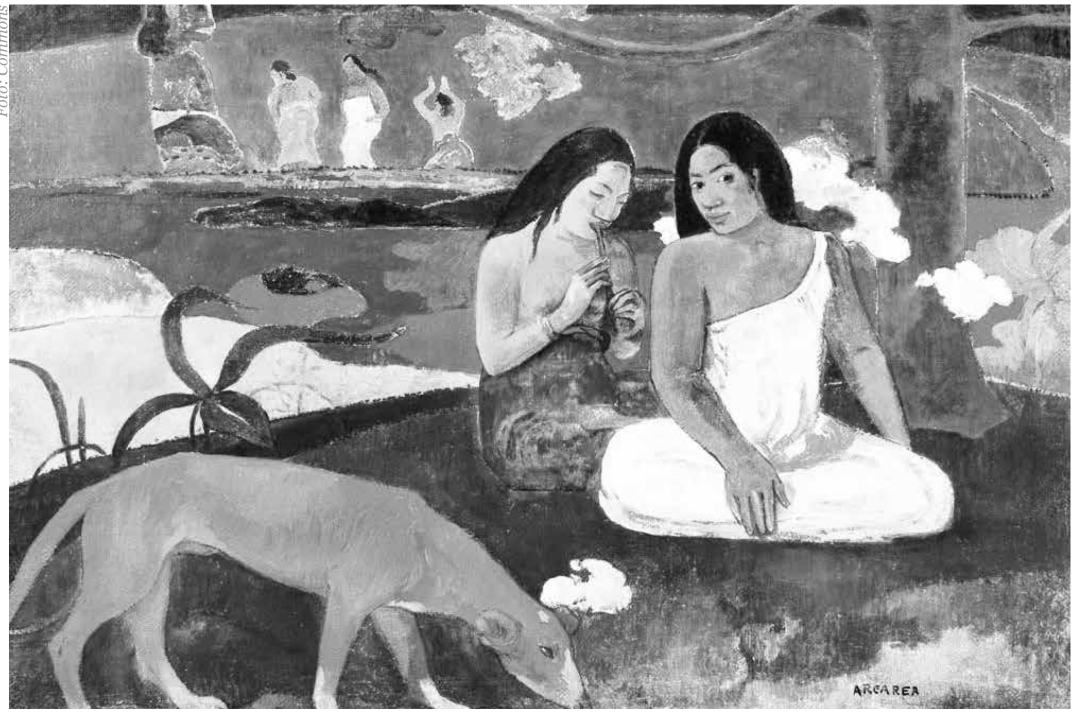


Foto: Commons

Maske? Der Maler Gauguin und seine Modelle hätten aus Lebensfreude auch nicht mitgemacht.

DIE NÄCHSTE MOBILMACHUNG?

Ein KOMMENTAR *von Batseba N'Diaye*

Unmittelbar nachdem Joseph Biden als neuer US-Präsident gekürt wurde, verschärfte sich auch der Ton der Bundesregierung gegenüber Russland zusehends. Angela Merkel versprach vor versammelter Hauptstadt-Journalistenschar, den Wehretat zu erhöhen, um »mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen«.

Nachdem in den vergangenen Wochen und Monaten der in Russland relativ unbedeutende Politiker Alexej Nawalnyj von Deutschland als Oppositionsführer aufgebaut worden war, sendeten sie ihn zurück. Nun gibt es Proteste. Es scheint, als ob sich das Corona-Regime ein zweites Standbein aufbauen möchte, um die Krise des Kapitalismus und ihrer Herrschaft zu überwinden: Krieg. Dafür wird jetzt Russland destabilisiert.

Glücklicherweise gibt es in der Bundesrepublik und in ganz Europa eine starke Demokratiebewegung, die überhaupt keine Lust auf die nächste Mobilmachung hat. Dieser Regierung glaubt kein Mensch mehr die Kriegsgründe: »Für Demokratie und Menschenrechte.« Mittlerweile würden vielmehr die Deutschen einziehende schwedische Truppen als Befreier feiern.

Endlich wieder Normalität

Eine Exildeutsche berichtet aus Schweden. | *Von Stella Kongonis*

Wenn deutsche Mainstream-Medien nur Negatives oder kaum Nennenswertes über Schwedens Sonderweg berichten, muss man eben selber hinfahren und nachsehen.

Mit der Fähre von Rostock erreiche ich Trelleborg. Eine ganze Schiffsladung Maskenträger wird mit mir an Land gespült. Im Transferbus zum Bahnhof muss ich mir von einem deutschen Jüngling und seiner Freundin im Maskenpartnerlook eine allerletzte Beleidigung anhören, weil ich keine trage. Ich setze an, dass die Viren durch den Stoff fliegen wie Mücken. Ihre Augen blitzen böse: »Ach so eine sind Sie«.

Das beklemmende Gefühl, von Blockwartblicken durchbohrt zu werden, fällt mit dem Betreten der Bahnhofshalle sofort von mir ab. Menschen ohne Masken sitzen auf den Bänken, unterhalten sich und trinken Automatenkaffee. Im Bahnhofsshop kaufen maskenlose Menschen ein. Skeptisch schweift mein Blick umher. Keine Polizei in Sicht, nirgendwo Gruppierungen Uniformierter. Ich wundere mich, wo die maskierten Ankömmlinge plötzlich alle geblieben sind, auch im Zug nach Stockholm sehe ich nur sehr wenige. Die Fensterscheiben und Türen sind frei von Maskenpiktogrammen. Keine aufdringliche Lautsprecherdurchsagen, die zum Tragen einer Maske mahnen, belästigen die Reisenden. Vorbeieilende Schaffner lächeln mich an. Ich falle in den Sitz und atme endlich wieder durch. Jeder Kilometer, der mich vom deutschen Coronafaschismus entfernt, ist ein guter Kilometer.

Bei meiner Ankunft am Stockholmer Hauptbahnhof kann ich mich nicht mehr zurückhalten. Ich zücke mein Handy und filme ungeniert. Diese Szenen der Normalität wird mir sonst keiner glauben. Scharen von Maskenlosen, unmaskierte Ticketverkäufer, und selbst hier – nirgends Polizei. Ab und zu prangen Aufkleber am Boden, an Säulen oder Scheiben, die ans Abstandhalten erinnern. Das ist alles. Die unsäglich beklemmende Pandemiehysterie, der ich die letzten Monate ausgesetzt war, ist in Schweden nicht zu spüren. Ich möchte nur noch lachen vor Freude und heulen über die himmelschreiende Ungerechtigkeit, die uns in Deutschland angetan wird. Vor allem den Kindern. Das kann doch echt nicht wahr sein. Mitten im schwedischen Epizentrum der angeblichen »Coronaleichenberge« sehe ich weit und breit nur fröhliche Gesichter.

RICHTIGSTELLUNG

Anke Behrend ist als Frau geboren und nicht »transgender«, wie in DW 35 geschrieben. Der Fehler geht auf eine irreführende Vita aus dem Internet zurück, die unsere Redakteurin nicht gebührend prüfte. Pardon!



Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 36. Ausgabe ab Samstag, 13. Februar 2021. | Redaktionsschluss war am 11. Februar, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas (stv.), Anselm Lenz (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung International:** Dr. Yana Milev, Aya Velazquéz **Ressortleitung Politik:** Ullrich Mies **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Chris Stein, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.